





Der Verfassungsausschuss des Reichstags

hat am Mittwoch in zweiter Lesung den Gesekentwurf über die Vermehrung der Reichstagsmitglieder und die Verhältniswahl durchberaten. Eine längere Erörterung fand über den in erster Lesung der Regierungsvorlage zugefügten § 5a statt, der auch solchen großstädtischen Wahlkreisen, die in Zukunft mehr als 300 000 Einwohner erreichen, einen neuen Abgeordneten zuspricht und die Verhältniswahl für diesen Kreis vorschreibt. Staatssekretär Ballraf gab hierzu die Erläuterung ab, daß die Regelung gegen die Annahme dieser Bestimmung die ernsten Bedenken habe, weil sie als neues Prinzip die automatische Vermehrung der Verhältniswahlkreise in die Vorlage einfüge. Ein Zentrumredner schloß sich diesen Bedenken an. Graf Westarp verfuhrte, auch diese Gelegenheit zu einem neuen Wortstoß gegen den Vizekanzler v. Bamer zu benutzen, der den jetzigen Gesekentwurf als eine Probe für die Verhältniswahl im Reiche bezeichnet habe, während die Begründung der Regierungsvorlage die weitere Entwicklung zum Reichsproporz ausdrücklich ablehne. Staatssekretär Ballraf erklärte darauf, durch den Vizekanzler zur Zurückweisung Westarps ermächtigt zu sein. Es liege keine freie Willkür vor. Nach weiterer Debatte wurde § 5a in der Fassung der ersten Lesung mit 14 gegen 9 Stimmen beibehalten. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die beiden liberalen Parteien.

Eine weitere wichtige Auseinandersetzung gab es bei der Verhandlung über die Paragraphen 9 und 12. In Uebereinstimmung mit der Regierung sollte ein Antrag des Zentrums die in erster Lesung beschlossene strenge Bindung der Wahlvorschlagslisten wieder aufheben. Nach diesem Antrag soll der einzelne Stimmzettel zwar nicht die Namen der verschiedenen Wahlvorschlüge enthalten dürfen, wohl aber soll der Wähler die Reihenfolge der Bewerber beliebig gestalten dürfen. Dieser Antrag wurde auch von konservativer Seite befürwortet. Graf Westarp sprach von „Anechtung der Wähler durch die Parteivorkände.“ Die sozialdemokratischen Redner Dr. Gradnauer und Dr. Landsberg wandten sich gegen den Zentrumsantrag, der bei Annahme einer ausbeherrschten Bewegungsfreiheit der Wähler lediglich den Wahlintrigen und dem Klientel Vorstoß leiste. Der Zentrumsantrag wurde mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Graf Westarp bemühte sich noch um einen agrarischen Vorteil durch einen Antrag, der die industriellen Vororte von Königsberg, Danzig, Stettin, Magdeburg und Litona in die Stadtmahlfreie einbeziehen will, ohne diesen Kreisen ein Mehr von Mandaten zu geben. Abg. Meerfeld (Soz.) beleuchtete die Wichtigkeit und Wirkung des Antrags, der in der Abstimmung nur die konservativen Stimmen auf sich vereinigte.

In der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf mit allen gegen 6 Stimmen (Konservative und Unabhängige) angenommen. Die Vorlage soll noch in dieser Tagung an die Vollziehung des Reichstags gebracht werden. Für den Ausschuss wurden — entgegen einem sozialdemokratischen Vorschlage — für die nächste Zeit weitere Beratungen nicht in Aussicht genommen, weil zahlreiche andere Ausschüsse tagen und weil zunächst die bereits fertiggestellten Beschlüsse durch das Plenum erledigt werden sollen.

Der Sinn des neuesten Wahlrechts.

„Als Ganzes betrachtet ist das Kompromiß nichts weiter als ein Mittel, um die Arbeiterwähler bis zu 50 Jahren von jeder Mehrstimme auszuschließen. Es bedeutet also eine Verfehrung des gleichen Wahlrechts in sein Gegenteil und muß namentlich von der Arbeiterkass als eine völlig einseitige politische Ausschließung empfunden werden.“

So urteilt vollkommen zutreffend das offizielle Parteiorgan der Nationalliberalen, die „Nationalliberale Korrespondenz“, über den vom Abgeordnetenhaus zum Beschluß erhobenen Antrag Lohmann-Heydenbrand. Es ist gut, daß auch von nationalliberaler Seite der Arbeiterkass unumwunden bestätigt wird, daß die neuen Beschlüsse sich lediglich gegen sie richten; sie wird die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen wissen.

Parität im 6. Armee-korpsbezirk.

Der öffentliche Protest eines unserer schlesischen Parteiblätter, der „Bergwacht“, hat einen entschiedenen Erfolg gezeigt. Nachdem die „Waterlandspartei“ im niederschlesischen Industriebezirk das Verbot öffentlicher Versammlungen dadurch umgehen wollte, daß die Korporation der Waterlandspartei angeschlossenen Vereine, wie Flottenverein, Ostmarkenverein, Bahnerverein in der gemäßigtesten Parteien u. a., durch große Inzerate für die „geschlossene“ Versammlung geladen wurden, erfolgte die offene Anfrage unserer Parteiblätter an das Stellvertretende Generalkommando, ob es jetzt öffentliche Versammlungen gestatte oder mit diesem Täuschungsmanöver einverstanden sei. Wie in ihrer Dienstnummer die „Bergwacht“ nun mitteilt, ist die Versammlung der Waterlandspartei eben aus den öffentlich kritisierten Gründen verboten worden. In einem gleichzeitig unserem Parteiblatt übersandten Schreiben des Generalkommandos wird die „strenge Parität der Militärbehörde“ betont, im übrigen aber gemißbilligt, daß die Fragestellung öffentlich geschehen sei.

Wolff mit dem Kolktist.

In seiner jüngsten Rede im Reichstage hatte Genosse Meerfeld Köln die offizielle Journalistik des Kolktist-Bureaus angegriffen. Als am Karfreitag bei der Beschießung von Paris eine deutsche Granate eine Kirche traf und neunzig Personen tötete, bemerkte W. L. B. dazu, daß jetzt die „lasterhaften und leichtfertigen Pariser Männer und Weiber“, denen die blutdürstigsten Schilderungen ihrer Berichterstatter über die fürchterlichen Opfer der Deutschen bisher einen angenehmen Nervenkitzel gewährten, jetzt am eigenen Leibe erfahren, wie der Krieg wirkt, denn das Bombardement gehe weiter. Meerfeld bemerkte dazu, daß diese offizielle Berichterstattung von einer „lasterhaften Leichtfertigkeit“ sei, denn die lasterhaften Männer und Weiber von Paris gingen ganz gewiß nicht maßlos in die Kirche.

Für diese verdiente Abstrafung hat sich nun die Kölner Zweigstelle des Kolktist-Bureaus gerächt, indem es Meerfeld als Redner überhaupt nicht erwähnte und seine ganze Rede unterschlug. Gegen diese Methode muß schärfster Einspruch erhoben werden. Das wäre noch schöner, wenn das amtliche unterschlächtige Bureau ohne weiteres fortstreichen könnte, was ihm unangenehm ist. Diese Ermahnung übertrifft selbst die Beschwörungen der Militärkass, die sich bekanntlich an den Reichstagsberichten nicht vergreifen darf.

Warmes Herz,  
offene Hand  
unsern Kriegsbeschädigten!  
Gib  
zur Ludendorff-Spende!

die Ententevertreter in Moskau an die Regierung der Volksräte das Ansuchen gestellt, es solle den tschechisch-slowakischen Truppen in Rußland gestattet sein, mit Waffen und Gerät aus Rußland abzuziehen, um zu den Heeren der Entente übergeführt zu werden. Diese Forderung lehnte die Sowjetregierung ab. Sie ist durch den Frieden mit Deutschland zur Neutralität verpflichtet. Die Friedensbedingungen, sagt die Zeitschrift der „Nordd. Allg. Ztg.“, sehen den Austausch der Gefangenen vor. Zu diesen gehören auch die tschechisch-slowakischen Abteilungen, von denen hier die Rede ist. Wenn diese auch unzweifelhaft ihre guten Gründe haben, nicht mehr nach Oesterreich-Ungarn zurückkehren zu wollen, so wäre doch die Mithilfe der russischen Regierung zu ihrer Ueberführung nach dem feindlichen Auslande ein Bruch der Neutralität. Die Sowjetregierung hat also den gefährlichsten Weg, den die Entente ihr zeigte, verweigert.

Die tschechisch-slowakischen Truppen, von denen hier die Rede ist, stellen eine ansehnliche Heeresmacht dar. Aus der „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt man, daß es sich um eine auf etwa 150 000 Mann geschätzte Anzahl ehemaliger österreichisch-ungarischer Soldaten handelt, die wohl zum größten Teil freiwillig zum Feinde übergegangen waren, und die sich dort als eigene Verbände dem russischen Heere angeschlossen hatten. Sie stehen im Norden und Osten Rußlands zerstreut; auch in der Ukraine waren unsere und die österreichisch-ungarischen Truppen auf solche Verräterhaufen gestoßen.

Nach einer Meldung der Moskauer Presse stehen die Hauptkräfte der tschechisch-slowakischen Truppen (etwa 15 000 Mann) im Gebiete von Tscheljabinsk, wo sie einen Teil der sibirischen Bahn besetzt und Waffen und Artillerie erbeutet haben. Die Truppen der Staatsregierung haben Tscheljabinsk geräumt und sich bei Slatoust konzentriert. In den bei dieser Stadt ausgefochtenen Kämpfen sind die tschechischen Truppen geschlagen worden. Eine andere Gruppe der tschechischen Aufwührer steht dicht bei Samara, dessen Lage gefährdet sein soll. Eine dritte Gruppe tschechisch-slowakischer Truppen befindet sich in der sibirischen Magistrate von Nowo-Nikolajewsk bis zur Tajon bemächtigt. Der direkte Drahtverkehr mit Ostibirien soll unterbrochen sein.

Wiener Blätter berichten aus Kiew: Zu der bereits gemeldeten Entwaffnung der tschechisch-slowakischen Aufwührer in Rußland werden noch folgende Einzelheiten bekannt, die die ganze Vorgeschichte und den Verlauf des tschechisch-slowakischen Abenteuers beleuchten: die Urjstades über Maslawerhängen Kriegszustandes bildet das Auftreten der tschechisch-slowakischen Truppen. Diese erhielten im März d. J. von den Volkskommissaren die Erlaubnis, bewaffnet über Wladiwostok an die französische Front abzugehen. Längs der sibirischen Hauptbahnlinie zogen sie sich nachher an vielen Punkten fest und brachten zahlreiche Orte in ihre Gewalt. Sie versuchten ferner, sich auf der Städte Tscheljabinsk, Penza und Kusajewka nördlich von Penza sowie Samara und Semrall zu bemächtigen, und agitierten gegen die Sowjetregierung. Diese befehli hierauf die Entwaffnung der tschechisch-slowakischen Truppen und sammelte stärkere Streitkräfte im Raume von Penza und Kusajewka. Ueber dreitausend bewaffnete tschechisch-slowakische Truppen in zweitägigem Kampf hinausgeworfen.

Die tschechisch-slowakischen Abenteurer angeht, längs der Bahn gegen Samara vorzugehen. Ueber diese Stadt wurde ebenfalls der Kriegszustand verhängt. Im ganzen scheinen dort gegen 12 000 tschechisch-slowakische Truppen zu haben, die den letzten Meldungen zufolge sich nun unterwerfen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 13. Juni. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Ernst Haschagen, hat im Sperrgebiet um die Azoren und in der Biscaya rund 25 000 Brutto-Registertonnen vernichtet.

U. a. wurden folgende englische Schiffe versenkt: Ein unbekannter Dampfer (3500 Brutto-Registertonnen) mit Kohlen, der Dampfer „Lancaran“ (1749 Brutto-Registertonnen) mit 3069 Tonnen Getreide und 912 Stück Stahlgarren, der Dampfer „Merionethshire“ (4308 Brutto-Registertonnen) mit Stückgut, der Dampfer „Cairnrose“ (4016 Brutto-Registertonnen) mit 5000 Tonnen Kohlen, der unbefohlene Transportdampfer „Lunonia“ (8153 Brutto-Registertonnen) und der Segler „Kuth Sidman“ (417 Brutto-Registertonnen) mit 500 Tonnen Salz und Kartoffeln.

Sämtliche Dampfer waren mit Geschützen und zum Teil mit Minenwerfern bewaffnet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Zu den U-Bootsangriffen an der amerikanischen Küste.

„Daily Chronicle“ meldet aus New-York, daß nach Telegrammen aus Norfolk die Ueberlebenden des von einem U-Boot zerstörten amerikanischen Frachtdampfers „Pinar del Rio“ erzählen, das U-Boot sei von einem Dampfer von ungefähr 6000 Tonnen mit einem grau angefarbenen Schornstein begleitet gewesen. Während das U-Boot angriff, blieb dieser Dampfer in einer Entfernung von zwei bis drei Meilen; dann erhielt er Befehl dem U-Boot zu folgen. Hierauf verschwanden beide Schiffe. Das U-Boot war höchstens 100 Fuß lang.

der Kalmücken und Militärataman der Astrachaner Kosaken, Oberst Fürst Tundutow, der sich auf der Durchreise einige Tage in Berlin aufhielt, zu sprechen. Fürst Tundutow stand vor dem Kriege bei den russischen Gardebuzaren. In den Tagen vor Kriegsausbruch war Fürst Tundutow als Verbindungs-offizier zum Chef des Generalstabes des Generals Januschewitsch kommandiert. In dieser Eigenschaft hat er die schwerwiegenden weltgeschichtlichen Ereignisse jener Tage aus nächster Nähe mit angesehen. Er erzählt hierüber folgendes: In jener Nacht, als der Zar den General Januschewitsch antelephonierte und von ihm die Rückgängigmachung der Mobilmachung verlangte, hielt ich mich im Nebenzimmer des Arbeitszimmers auf und konnte alle Vorgänge genau verfolgen. Es war dies der Tag, an dem nachmittags das bekannte Gespräch des Generalstabes mit dem deutschen Militärbevollmächtigten, Major Egeling, stattgefunden hat, also am 16. Juli alten Stils (29. Juli neuen Stils). Nach dem Gespräch des Zaren mit Januschewitsch, der den Auftrag erhalten hatte, die Mobilmachung rückgängig zu machen, sprach dieser meines Erinnerns telephonisch zunächst mit dem ihm nahe befreundeten Sajanow. Gleich darauf rief er nochmals den Zaren an und teilte ihm mit, die Rücknahme des Mobilmachungsbesehls sei nicht mehr möglich, und er sei bereits herausgegangen. Die Truppen hätten ihn erhalten. Alles sei im Gange und die Mobilmachung nicht mehr aufzuhalten. Ich hörte deutlich die helle, klare Stimme des Generals. Das, was er dem Zaren sagte, war gelogen. Vor ihm auf dem Tisch lag noch der unterschriebene Mobilmachungsbesehl, den er nun erst, gleich nach dem Gespräch mit dem Zaren, herausgab. Auf die Frage, ob es sich nur um einen Teil- oder Gesamtmobilmachungsbesehl gehandelt habe, sagte Fürst Tundutow: Nein, es handelt sich um einen Mobilmachungsbesehl für das ganze russische Heer in Europa und Sibirien. General Januschewitsch ist nach Meinung des Fürsten Tundutow zu dem Entschlus, den Krieg mit allen Mitteln herbeizuführen, in dem Augenblick gekommen, wo er die Ueberzeugung erlangt hatte, daß England sich am Kriege beteiligen würde. Die Entscheidung ist nach seiner Ansicht bereits am 24. Juli neuen Stils in Krasnojelo gefallen, am Tage bevor dort die Parade stattfand und Jahrtide zu Offizieren befördert wurden. Später nach Ausbruch der Revolution hat der Fürst General Januschewitsch wieder gesprochen. Der ehemalige Chef des Stabes hat ihm den tatsächlichen Verlauf der Dinge, wie er aus dem Suchomlinow-Prozess bekannt ist und wie ihr der Fürst geschildert, erzählt. Fürst Tundutow sagte über dieses Wiedersehen: Januschewitsch war jetzt ganz gebrochen und hand unter dem Druck der Verhältnisse. Offenbar wurde er von schwerer Gewissensbisse verfolgt. Er äußerte, er erkenne jetzt, daß er sich doch beim Kriegsausbruch getäuscht und damals unrichtig gehandelt habe.

Wir geben diese Meldung nur registrierend wieder, da wir noch immer der Auffassung sind, daß über die Vorgeschichte dieses fürchterlichen Menschenmordens erst einige Jahre nach Beendigung desselben volle Klarheit geschaffen werden kann. Jetzt sollte man sich nicht mit der Vorgeschichte des Krieges beschäftigen, sondern mit der Frage, wie derselbe schleunigt ohne Schädigung der deutschen Interessen zu Ende geführt werden kann.

Die Friedensverhandlungen in Kiew.

Die Kiewer Zeitungen berichten über das Ergebnis der ukrainisch-russischen Verhandlungen: Waffenstillstand ist an allen Fronten. Es wurde beschlossen, die Feststellung der Demarkationslinie der Truppenkommandeuren an der Front zu überlassen. Mit den Verhandlungen über die Grenzen der Ukraine soll sofort begonnen werden. Daher wurde die Frage der allgemeinen Demarkationslinie von der Tagesordnung abgesetzt. Vorläufig wurde keine Einigung erzielt über die Wiederannahme des Güterverkehrs, der Post- und Telegraphenverbindung sowie über die Öffentlichkeit der Vollziehungen. Die ukrainische Delegation ist laut Ministerratsbeschlus gegen die Zulassung der Presse und des Publikums. Manawski erklärte nach einem Ferngespräch mit Moskau, daß von einem russisch-ukrainischen Warenanstaus nur die Rede sein könnte, wenn Getreide und nicht nur der weniger wichtige Zucker gegen russische Weizen geliefert würde. Nach Zeitungsmeldungen überreichte der Minister des Äußeren Doroshenko dem deutschen Botschafter Freiherrn v. Mumm eine Note über die Notwendigkeit der Angliederung der Krime an die Ukraine.

Der Wiener Bericht.

Wien, 13. Juni. (Amtlich.)

An der italienischen Front geringe Geschäftstätigkeit. In Albanien wurde das Vordringen der Franzosen in der Dike Mania-Gina-Kraic zum Stehen gebracht.

Die Einführung der Monarchie in Finnland

Es liegt eine Gesetzesvorlage vor, die die Regierung dem Landtag unterbreitet. Diese Vorlage dürfte auf je heftigen Widerstand im Lande stoßen, daß sich selbst bei Annahme desselben durch den Landtag — dessen sozialistische Mitglieder bekanntlich fast alle hinter Kerkermauern schmachten — kaum ein Fürst finden würde, der unter solchen Umständen den Thron annimmt.

Wirtschaftliche Hilfe der Entente für Rußland.

Rome meldet aus London, 12. Juni: Im englischen Unterhaus hat Lees Smith gefragt, ob die Vereinigten Staaten und die Briten ein Abkommen getroffen hätten, sich nicht in russische Angelegenheiten zu mischen und ob beschlossen wäre, Rußland in ausgedehnter Weise wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Balfour antwortete, daß das Gerücht, nach dem ein Abkommen getroffen worden sei, sich der Einführung in russische Angelegenheiten zu enthalten, nicht den Tatsachen entspreche. „Wir sind natürlich darauf aus“, sagte Balfour, „Rußland wirtschaftliche Hilfe angedeihen zu lassen.“ — Wenn Rußland nicht darauf verzichtet, so möchten wir hinzuzügen!

Die tschechisch-slowakischen Truppen.

Wiederholt las man in der letzten Zeit von Kämpfen, die zwischen den tschechisch-slowakischen Truppen und den Bolschewiken stattfanden. Bei diesen Truppen handelt es sich um tschechisch-slowakische Ueberläufer, die auf russischer Seite stehen. Sie sind durch den Frieden in eine kümmerliche Lage gebracht. Sie haben kein Interesse daran, nach Oesterreich zurückzukehren und stehen sich also gegen die Gefahr, die ihnen drohte, zur Wehr. Schließlich kam es zu Kämpfen und die Sowjetregierung mußte eine ganze Reihe Städte in Kriegszustand versetzen.

Die Entente hatte bei diesen Vorgängen die Hände im Spiel. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt, haben kürzlich



# Ernährungsfragen.

## Die Ablehnung des Antrages Kosside.

Im Ernährungsausschuss des Reichstages berichtete der eingeleitete Unterausschuss über die ihm zur Aenderung der Organisation der Lebensmittelversorgung übermiesenen Anträge. Der Berichterstatter beantragte die Ablehnung des Antrages Kosside, nach welchem von der Ernte nur 8 Millionen Tonnen Getreide zur Versorgung der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen beschlagnahmt werden sollen und der überschüssige Teil dem freien Handel überlassen bleiben soll. Ferner ist für die Kartoffeln das Lieferungsverhältnis des Frühjahrs 1916 anzuwenden, nach dem Grundsatz, daß die Kartoffeln, die durch die Lieferungsverträge für das Reich sichergestellt werden, so hoch im Preise stehen, daß der Landwirt das volle pekuniäre Interesse hat, das Reich zu beliefern. Eine Ausgleich des Preises zur billigeren Abgabe an die unbemittelte Bevölkerung soll das Reich in geeigneter Weise herbeiführen. Dahingegen beantragte er die Anträge Jeger, der den Viehbestand im Oktober festgesetzt wissen will und der die Beschlagnahme der Ernte nach einer Landumfrage vorsieht, wobei der überschüssige Teil im eigenen Betrieb verwertet werden darf oder zu einem vom Kriegsernährungsamt festgesetzten erhöhten Preis an den Kreisverbraucherverband verkauft werden kann, sowie den Antrag Feld, welcher bei einem Erntertrag von 10 Zentner pro Morgen den Erzeuger verpflichten will, davon 4 Zentner abzuliefern zu dem Friedenspreis von 10 Mk. und den Rest zur freien Verfügung belassen, bei einer Ablieferung den Zentner mit 17,50 Mark bezahle, der Regierung zur Erzeugung zu überweisen. Schmidt (Soz.) wandte sich gegen die Anträge. Der Erzeuger erhalte jetzt für Roggen 18 Mk., also 8 Mk. resp. 50 Pfg. mehr als der Antrag Feld ihn zugestehen will. Aber auch die Tendenz des Antrages müsse er entschieden bekämpfen. Ebenso müsse er sich gegen den Antrag Jeger wenden, weil man unmöglich die Abgabe von Futtermitteln vorher festlegen könne. Wurm (U. Soz.) beantragte, daß die öffentlich bewirtschafteten Nahrungsmittel vom Erzeuger nur an Reichs-, Staats-, Provinzial- oder Gemeindebehörden geliefert werden dürfen.

Staatssekretär Mallat: Es sei unmöglich, bei der Verwertung der Nahrungsmittel die Verbraucher wie die Erzeuger zu befriedigen. Das jetzige System habe uns bisher durchgebracht. Er warne vor Experimenten. Eine Landumfrage sei zur Erfassung der Ernte recht gefährlich. Es wäre unbedingt ein Zufußlag von 25 Proz. notwendig. Bei der letzten Ernte habe man es sich bei der Kartoffel reichlich überlegt, ob man den Verbraucher nicht dem Erzeuger belassen könne. Dieses war aber unmöglich bei den großen Anforderungen, die von einzelnen Kommunalverbänden gestellt wurden. Der Bedarf an Getreide wurde auf 4 100 000 Tonnen festgesetzt, davon wurden aber nur 75 Proz. eingebracht. Es war also kein Ueberfluß vorhanden, der für den freien Handel in Händen der Erzeuger hätte bleiben können.

In der Abstimmung wurde der Antrag Kosside, wie gestern schon kurz gemeldet, gegen 2 Stimmen, der Antrag Jeger gegen 3 Stimmen und der Antrag Feld einstimmig abgelehnt. Damit ist der in den letzten Wochen mit großem Lärm, vornehmlich mit dem Antrage Kosside in der Öffentlichkeit und im Ernährungsausschuss gegen die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel gemachte Vorstoß in der Verfertigung verschwunden.

# Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 14. Juni.

## Wie geht man an das Studium des Sozialismus?

Wer unser Parteiprogramm verstehen lernen will, liest zunächst die von Kautsky und Schönlank verfaßten „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“, die jedem in Lübeck der Partei beitretenden Genossen gratis verabfolgt werden, (Verlag Vorwärts, Berlin, 10 Pfg.) oder die von Adolf Braun herausgegebene Broschüre „Ziele und Wege“. Die beiden Schriften enthalten eine kurze und leichtverständliche Erläuterung unserer Gegenwartsforderungen. Wer diese beiden gelesen hat, kann sich dann an eine ausführlichere und gründlichere Erläuterung des Parteiprogramms heranwagen. Eine solche findet man in dem Buche Kautskys „Das Erfurter Programm“ (Verlag Dietz, Stuttgart). Das Buch gehört zu den klassischen Schriften des Sozialismus. Sein Studium ist für jeden Aktivist unerlässlich. Am besten ist es, vorher noch die kleine Schrift von Karl Marx „Lohnarbeit und Kapital“ zu lesen, die im Vorwärts-Verlag 30 Pfg. kostet. Sie ist ein Muster vollstündiger ökonomischer Auseinandersetzung. Will man das sozialdemokratische Programm gänzlich verstehen, so muß man die klassischen Schriften der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus studieren. Man beginnt am zweckmäßigsten mit der berühmten Rede Ferdinand Lassalles über „Das Arbeiterprogramm“. (30 Pfg.) Die Rede zeigt uns die Bewegung der Arbeiterklasse in einem großen historischen Zusammenhang, sie zeigt, wie die feudale Gesellschaft des Mittelalters von der bürgerlich-kapitalistischen abgelöst wurde und wie diese wiederum von der werdenden Gesellschaft, deren Träger die Arbeiterklasse ist, abgelöst wird. — Hat die Rede Lassalles unseren historischen Blick geschärft, dann können wir es wagen, die Geburtsurkunde des modernen Sozialismus, „Das kommunistische Manifest“ von Marx und Engels, (Verlag Vorwärts, Berlin, 40 Pfg.) zu lesen. Es ist die gemeinsame Quelle aller sozialdemokratischen Programme. Zum besseren Verständnis liest man gleichzeitig die kleine Schrift von Friedrich Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. Sie zeigt uns, wie der durch das kommunistische Manifest begründete wissenschaftliche Sozialismus auf dem Boden erwachsen ist, den einerseits die Entwicklung der bürgerlichen Wissenschaft und Philosophie und andererseits die kritischen Leistungen des älteren utopischen Sozialismus (siehe: W. Weitling „Gedanken der Harmonie und Freiheit“, Verlag Vorwärts, Berlin) urbar gemacht haben. Die Engels'sche Schrift lehrt uns die historischen Wurzeln, aber auch die unterscheidende Eigenart des von Marx begründeten proletarischen Sozialismus kennen. Das Verständnis der genannten Schriften von Marx, Engels und Lassalle setzt die genaue Kenntnis ihrer Entstehungszeit voraus. Den Weg hierzu erschließt uns „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ von Franz Mehring (Dietz-Verlag, Stuttgart, 4 Bände, 20 Mk.) An die Vektüre von Lassalles Arbeiterprogramm wäre zu raten, die seines „Bastiat-Schulze“ anzufügen, der die aus dem Arbeiterprogramm gewonnene Einsicht in leicht verständlicher Weise vertieft und erweitert. Auch wäre es gut, vor dem „Kommunistischen Manifest“ noch Engels' „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ durchzuarbeiten, ein Werk, das viel zu wenig beachtet wird, das aber in anschaulichster prägnanter Form schon die wichtigsten Fragen unter den Problemen der Vereinigung von Sozialismus und Arbeiterbewegung entwickelt, die später im „Kommunistischen Manifest“ ihre Lösung finden.

Zum ersten Studium der sozialdemokratischen Gedankenwelt genügen die genannten Schriften. Wer tiefer eindringen will, wird freilich noch fleißige Arbeit auf den verschiedensten Wissensgebieten nicht sparen dürfen. Einen Ueberblick über die sozialdemokratische Literatur geben die beiden Schriften Paul Lensch, „Sozialistische Literatur“, und Kampmeyer, „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung“. Beide im Vorwärts-Verlag zu Berlin erschienen. Außerdem ist noch zu empfehlen Gradnauer, „Verfassungswesen und Kämpfe“ und Kampmeyer, „Die Geschichte der modernen Gesellschaften“. Gelingentlich geht man dann an den im Dietz-Verlag zu Stuttgart erschienenen ersten Band des „Kapital“ von Karl Marx, Volsausgabe 6 Mk. Auch die kurze Erläuterung desselben von Karl Kautsky, die auch bei Dietz-Stuttgart erschien und „Marx' ökonomische Lehren“ betitelt ist, sollte noch vorher gelesen werden. Außerdem verdient

# Der amtliche Kriegsbericht.

W. G. Großes Hauptquartier, 14. Juni. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

## Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südwestlich von Ypern führten die Franzosen heftige Angriffe gegen unsere Linien zwischen Vormezeele und Biertraat. Sie wurden blutig abgewiesen. Mehrere Offiziere und mehr als 150 Mann blieben hierbei gefangen in unserer Hand. Erfolgreiche Erkundungsgänge am Kemmel. In den übrigen Fronten lebte die Geschäftstätigkeit nur vorübergehend an.

## Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Kampffeld südwestlich von Noyon blieb die Artillerietätigkeit gesteigert. Bei Courcelle und Mery, sowie im Mahgrund bis westlich der Dije wiederholte der Feind seine vergeblichen Gegenangriffe. Unter schwersten Verlusten wurde er zurückgeworfen. Beiderseits der Straçe Soissons-Billers-Cottelers drangen wir in den Wald von Billers-Cottelers ein.

Die Armee des Generalobersten v. Boehn hat seit dem 27. Mai mehr als 830 Gefühle erbeutet. Damit steigt die Zahl der von der Seeresgruppe Deutscher Kronprinz seit dem 27. Mai eingebrachten Gefühle auf 1050.

Geiern wurden 28 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Hauptm. Berthold erlangte seinen 34., Leutnant Udet seinen 29. und Oberstl. Börgen seinen 25. Luftsieg.

Im Monat Mai betrug der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 23 Zersplitterte und 413 Flugzeuge, von denen 223 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen erkennbar abgeschossen sind. Wir haben im Kampfe 180 Flugzeuge und 28 Zersplitterte verloren.

Der Erste Generalquartiermeister. Sudenkowsky.

das Buch von Engels „Der Ursprung der Familie“ Beachtung. Die weitere Literaturangaben findet man dann in den Schriften von Lensch und Kampmeyer.

## Die Wilden.

Sie leben nicht in der Wildnis, die Wilden, die ich meine. In Fabriken und Werkstätten schaffen sie, in Miesfabriken haufen sie; sie sind unsere Nachbarn, Kameraden, sogar gute Freunde. Mitten in der sogenannten Kultur leben sie also. Aber sie fühlen sich wohl in der parteipolitischen Wildnis! Warum? Sie wissen es eigentlich selbst nicht recht. Sie haben eine Herzogsfreude daran, wenn sie im Arbeiterblatt lesen, daß unsere Vertreter unergründet die Rechte des Volkes verteidigen: sie erzählen mit leuchtenden Augen von diesem oder jenem, was sie in der sozialdemokratischen Presse gelesen haben; aber sie sind trotzdem politisch „wild“. Scheuen sie die paar Riesel Beiträge für die Organisation? Sie selber wohl nicht, aber — die Frau!

Man, da nach eben der Mann die Frau aufklären: Die Arbeiterabgeordneten suchen das arbeitende Volk vor den ungeradeiten indirekten Steuerbelastungen zu schützen. Die Beiträge, die durch das Wirken unserer Partei dem arbeitenden Volke erkämpft, die Nachsteuern, die von ihm abgewendet worden sind, übersteigen — materiell berechnet — die Beiträge zur Organisation um das Vielfache. Abgeordnete müssen gewählt werden. Wahlen kosten Geld. Nach dem Kriege werden sich die Beiträge für die politische Arbeiterbewegung erst recht vergrößern.

Wenn die Frau dem entgegenhält: „Ja, für die Gewerkschaft ist da keine ich die Beiträge, wenn du am Jahrbuch kontribuiert mehr Lohn bringt, ist mir die Sache klar“ — dann darf der Mann nicht gleich wild werden, sondern er muß der Frau das Wesen der Parteipolitik ruhig auseinandersetzen. Sie wird begreifen lernen und selber aus der politischen „Wildnis“ heraus wollen.

## Bevorstehende Brotpreiserhöhung.

Das Kriegsernährungsamt teilt amtlich mit: „Ein Berliner Blatt bringt in der heutigen Morgenausgabe eine Zuschrift aus den Kreisen des Reichstagesrats über die bevorstehende Herabsetzung der Getreidepreise. Soweit in dieser Zuschrift von den Absichten des Kriegsernährungsamtes die Rede ist, sind diese falsch und unvollständig wiedergegeben. Eine eingehende Mitteilung darüber wird erfolgen, sobald der Bundesrat und der Ernährungsausschuss in der Angelegenheit gehört sind. Schon jetzt ist aber festgestellt, daß die in dem Blatte für das kommende Wirtschaftsjahr berechnete Brotpreiserhöhung von 6 bis 8 Pfg. pro Pfund gegenüber den zugrunde liegenden Entwürfen des Kriegsernährungsamtes um ein Vielfaches zu hoch angegeben ist.“

Das heißt mit anderen Worten: Die Erhöhung der Getreidepreise und damit der Brotpreise ist beschlossene Sache. Wo das Volk das schließlich hernehmen soll, kümmert anscheinend die Herrschenden nicht. Die Hauptfrage ist ihnen anscheinend, die Agrier durch immer weiter steigende Preise bei guter Laune zu erhalten.

## Zur Kleiderabgabe

nimmt jetzt erneut die Reichsbesoldungsstelle das Wort, um die von ihr angeordnete Ablieferung einer Million getragener Männeranzüge zu rechtfertigen. In der uns mit dem Entschluß an Abdruck übermittelten Erklärung heißt es: „Die Reichsbesoldungsstelle braucht für die notwendige Versorgung der Arbeiter der Kriegswirtschaft Betriebe (wogu in erster Linie der Bergbau und die chemischen Fabriken gehören), der Landwirtschaft, der Eisenbahnen usw. bis zum 1. Oktober d. J. eine Million Anzüge. Nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Verteilungsschlüssel bekommen zunächst nur diejenigen Arbeiter solche Anzüge aus Wolle oder Baumwolle, die nicht auf Ersatzstoffe verwiesen werden können und die dessen schon jetzt dringend benötigen. Wer mit seiner Abgabe allzu lange zaudert, dabei aber auf den ersten Blick doch abgabefähig erscheint, bekommt ein Bestandsverzeichnis zugesandt, das er alsbald auszufüllen und unterzeichnet zurückzugeben muß. Er wird gut tun, dieses Verzeichnis vollständig und richtig auszufüllen, da jederzeit der Mittelbescheid des Kommandanten des Kommandos und einen prüfenden Einblick in seinen Kleiderbestand tun kann. Unrichtige Angaben sind unter Strafe gestellt. Von allen diesen Scherereien ist der besetzt, der einen Antrag, dessen Teile nicht unbedingt zusammen zu passen brauchen, abgibt. Außerdem wird ihm auf der Empfangsbekundigung zugesichert, daß dieser ihm bei etwaiger später notwendiger werdenden nochmaligen Erfassung getragener Kleidung in Anrechnung gebracht werden soll. Nach dem wird mit Recht eingewendet, daß die Munitionsarbeiter jetzt nach ihrem Geldbeutel besser in der Lage seien, sich neue Sachen zu kaufen als der Mittelstand. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die geworbene Arbeiterleistung nicht mehr hoch sein kann, und daß selbstverständlich die Arbeiter die jetzt gekammete Kleidung nach ihrem vollen Wert bezahlen müssen. Weiter werden die

hochverdienenden Munitionsarbeiter doch auch nur einen kleinen Bruchteil der zu Besorgenden aus, und was die Notlage des Mittelstandes anlangt, so ist dieselbe der Reichsbesoldungsstelle bekannt und wird auch bei etwa notwendig werdenden strengeren Maßnahmen gebührende Berücksichtigung finden. So gern es die Reichsbesoldungsstelle sieht, daß auch Anzüge aus leichtem Sommerstoff, Mäntel, Ueberzieher u. dergl. in die Mäntelabteilung gelangen, so kann sie diese doch für die Zwecke der gegenwärtigen Sammlung, die für den Bedarf des nächsten Winters vorzuziehen will, nicht gebrauchen. Wie die Reichsbesoldungsstelle ferner mittelst, ist neuerdings durch Rundschreiben an die Kommanden die Frist für die Ablieferung der Herrenoberkleider um einen Monat, demnach also bis zum 15. Juli 1918, verlängert worden.

## Das Ende des Buchenlaub-Tabaks.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird berichtet, die weitgehende Vermeidung von Laub als Tabakzusatz habe sich als nicht durchführbar erwiesen. Die Münchener Zentrale für den Seeresbedarf hat an die Tabakfabrikanten die Mitteilung ergeben lassen, daß die Verwendung von getrocknetem Buchenlaub für Tabak, der für den Seeresbedarf bestimmt ist, nicht mehr statthaft ist.

Die Kritik der Presse hat also gewirkt. Hoffentlich beglückt man jetzt die Soldaten nicht mit einem Tabak aus Buchenlaub-„Erlaß“, denn es gibt in deutschen Gärten, Fluren und Wäldern noch gar viele Bäume und Büsche, die ein ebenso schönes Laub tragen wie die jetzt ausrangierte Buche. Wenn kein Laub mehr vorhanden ist, so verabschiede man gar nichts und verlohne die Raucher mit solchem Sachverstand. Wer Feinschmecker rauchen will, der kann sie sich selber zusammensuchen, dazu bedarf es keiner großmächtigen Zentrale, die den zusammengekauften Laub in den Verbrauchern auf dem Wege über die Tabakfabrikanten zukommen läßt.

Sonder-Schuhbedarfschein auf leichte Schuhe. Eine andere Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung schreibt vor, daß in der Zeit vom 15. Juni bis 15. September 1918 für jeden Verbraucher auf Antrag ohne Prüfung der Notwendigkeit ein Sonderbedarfschein auf ein „Sonder-Schuhbedarfschein“ auszustellen ist. Dieser berechtigt zum einmaligen Bezug bedarfscheinpflichtigen Schuhwerks und zwar eines Paars: 1. Haus- oder Pantoffel oder 2. Turn- oder Tennisschuh oder sonstige Leinwand- oder 3. Bast- oder Gesselschaftschuhe (Spangen- oder ausgeknüttelte Schuhe), deren Oberteil aus Seide, Sammet, Brokat oder anderen Stoffen, aus weissem, Bronze-, Gold- oder Silberleder, Wachs- oder Kunstleder hergestellt ist.

Der Sonderbedarfschein ist ebenso wie das darauf bezogene Schuhwerk bei späterer Prüfung von Anträgen auf Schuhbedarfscheine nicht anzurechnen. Der Sonderbedarfschein soll auf eine der zur Auswahl gestellten drei Arten von Schuhen lauten, kann jedoch auch so ausgefertigt werden, daß er wahlweise für eine der drei Arten gilt. Ausgeschlossen ist auf diesem Schein der Bezug stiefelartiger Schuhwerks.

Diese Bekanntmachung ist einmal ein Entgegenkommen der Reichsstelle an die Schuhhändler, die darüber klagen, daß die leichten Schuhe jetzt bei der dringenden Bedarfschneidung nur schwer abgesetzt werden, zum anderen werden diese Schuhe der Bevölkerung gerade im Sommer sehr gute Dienste tun. Wir denken dabei allerdings hauptsächlich an die Haus- und Turnschuhe.

Der Lebensbedarf wurde weiter vom Gewerkschafts-Karrell übermitten: Angehörige und Arbeiter der Flugzeugwert Traasmitz, 1. Rate 434,90 Mk., Dandwerfer, Arbeiter und Arbeiterinnen der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft 371,75 Mk., Bäcker, Aufseher und Lagerarbeiter der Lübecker Gewerkschaftsbäckerei 107 Mk., Arbeiter vom Gaswerk 1. 80 Mk., Arbeiter und Arbeiterinnen vom Lübecker Hohlwerk 87 Mk., Arbeiter der Maschinenfabrik Dietrich 68 Mk., Arbeiter der Polyzentrale G. & Woldt 53 Mk., Arbeiter der Firma F. Schramm, Maschinenfabrik, 20 Mk., Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonnagenfabrik S. Mehl 15 Mk., Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Giers und Wiesner 14 Mk., Arbeiter der Maschinenfabrik Georg Harder 12 Mk.

Sandberg. Selbstmord einer fünfzehnjährigen. In selbstmörderischer Absicht schraubte ein 15-jähriges Mädchen in seinem im Hinterbau Lübeckstraße Nr. 47 gelegenen Schlafraum, der ehemals eine Küche gewesen war, den eisernen Stöbel aus der Gasleitung und legte sich schlafen. Gestern morgen fand man das junge Mädchen tot in seinem Bette. Wiederbelebungsvoruche blieben ergebnislos.

Sandberg a. d. E. Es ist nichts da! Das gefegnete Sandberger Ländchen jalt in Friedenszeiten und auch noch in Kriegszeiten als eine Gegend, in der noch Milch und Honig floß. Seitdem jedoch die Bestimmungen über die härteren Ablieferungen ergangen waren, ist der reiche Lebensmittelstrom vollkommen verstopft zu sein. Die ländlichen Besitzer behaupteten, nicht mehr abliefern zu können, da sie nicht mehr besäßen. Die Behörde hatte aber Grund, diesen Behauptungen gegenüber mißtrauisch zu sein und ordnete Requisitionskommandos ab, die nach allen Richtungen ihr Amt recht geübt ansetzen zu haben schienen. Bei einem Hofweiser in der Nähe von Neundörren fanden sie nicht nur laufende Zentner Korn, sondern auch über tausend Pfund Speck und Fleisch, die aus unerlaubten Schlächtereien herriethen. Ein Kommando von 45 Mann hat diese verborgenen Schätze ans Tageslicht gebracht. In der Umgegend von Otterndorf waren die verborgenen Lebensmittel nicht in den Häusern und Scheunen versteckt, da man befürchtete, daß sich hierauf die Nachforschungen in erster Linie richten würden. Man verberg das, was nicht gefunden werden sollte, in Gärten und auf den Feldern, wo es vergraben wurde. Aber die Requisitionskommandos antworteten sich als kühnere Schatzgräber, und wenn eine Nachforschung resultatlos zu verlaufen drohte, fand sich immer noch ein kecker Nachbar, der dem Kommando die nötigen Winke gab, wo der Spaten mit Erfolg angelegt werden müßte. Auf diese Weise haben die Schatzgräber in den Gärten und Kornfeldern reiche Ernte gehalten.

Neutrelig. Gegen die Wiedervereinigung der beiden Mecklenburg. In Neubrandenburg war eine Reihe „Ritter“ und Bürgermeister aus dem Großherzogtum Strelitz versammelt, um eine Petition an den Sächsischen Großherzog zu beschließen, wonach Strelitz nicht mit Sauerin wieder vereinigt und deshalb der „Russe“ Karl Mikael von Weizsäcker auf den Thron veranlaßt werden soll, um dann den zweiten, heute im 6. Lebensjahre stehenden Sohn des Schweriner Großherzogs, den Herzog Christian Ludwig zum Thronfolger zu bestimmen, für den bis zu seinem Heranwachsen ein Spezialvormund zu bestellen sei. — Bemerkenswert sind folgende Sätze der Petition: „Durch eine Vereinigung der beiden Großherzogtümer würde das bis jetzt bestehende Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht vermehrt werden, sondern wir befürchten, daß dadurch Bewegungen wachgerufen werden könnten, die dem allgemeinen Wohl nicht dienlich, sondern in hohem Maße abträglich sein würden. Aber nicht nur im engeren Landesinteresse liegt die Erhaltung der Selbstständigkeit unseres Großherzogtums uns am Herzen, sondern auch im dynastischen und staatlichen Interesse aller deutschen Herrscherfamilien und Bundesstaaten und damit des Deutschen Reiches.“ — Das riecht ja beinahe nach Revolution der guten Strelitzer! — Wir erinnern, rein zur objektiven Feststellung, daß die Gegner der Wiedervereinigung der beiden Mecklenburg gegen diese geltend machten, der „Hamburger Vergleich“, nach dem beim Aussterben der Strelitzer Linie beide Landesteile wieder zusammenfallen sollen, sei lediglich ein privater Vertrag damaliger Herzöge. Und jetzt kommen dieselben Kreise daher und erklären, der Sächsischen Großherzog solle durch seine persönliche Entschliegung den Fortbestand der Wiedervereinigung erklären und seinem zweiten Sohn zum Strelitzer Großherzog machen. Hingufügen wollen wir noch, daß die nationalliberale „Mecklenburgische Zeitung“ in Sauerin zu derselben Angelegenheit kürzlich die teile die Rechtsauffassung auf die sich jene Kreise berufen wollen, nicht, soweit sie unterrichtet sei, werde sie auch an Schweriner Stelle nicht gebilligt. — Der Bürgermeister von Neubran-



Hamburg hat die Petition nicht unterzeichnet, was bei manchen der für das „Selbstbestimmungsrecht der mecklenburgischen Völker“ eintretenden getreuen Unterthanen böses Blut erregt hat.

**Kiel.** Gericht gegen Gericht. **Kiel.** Kläglich wurde, wie wir mitgeteilt haben, der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Genosse Breconr, zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in seiner Zeitung einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem geschildert war, wie ein Gutsbesitzer mitten im Winter mit Hilfe seines Inspektors, des Bewachters, eines Arbeiters und zwei kriegsgefangenen Russen die Familie eines Rüstungsarbeiters aus der Armenkuche des Gutes auf die Straße gejagt hatte. Der Rechtsanwalt des Gutsbesitzers hatte vor Gericht geltend gemacht, die Familie sei „unbesetzt und mit Trug und List in die Wohnung eingezogen“. Das Gericht hatte ihm geglaubt und auf die hohe Strafe „erkannt“. Dieser Tage hatte sich nur der Gutsbesitzer und sein Inspektor vor einer anderen Abteilung desselben Gerichts zu verantworten. Sie hatten einen Strafbefehl von 15 und 5 M. erhalten, weil sie durch Hin-

wegung der Familie des Rüstungsarbeiters sich der Rüstung schuldig gemacht haben sollten. Gegen diesen Strafbefehl hatten beide Einspruch erhoben. Und siehe da: der Inspektor wurde zwar freigesprochen, weil er die Aufträge des Gutsbesitzers ausgeführt habe, der Gutsbesitzer aber wurde verurteilt. Nach allem, was zwischen dem Rüstungsarbeiter und dem Gutsbesitzer besprochen worden war, habe der Arbeiter annehmen müssen, daß er zu Recht in der Küche wohne. Nach diesem Urteil kam das Urteil gegen unseren Genossen Breconr unmöglich aufrecht erhalten bleiben.

**Reudersburg.** Bei der Stadtverordnetenwahl siegte unser Genosse Sch u 12 mit 182 Stimmen. Von den bürgerlichen Gegenkandidaten erhielten Kaufmann Brümme 162, Kaufmann Siebe 76 Stimmen.

**Wahl a. F.** Gerunten beim Schollenfang im Wattenmeer ist der beim Landmann Martin Bohnig in Widdum in Dienst stehende Nicks Scheer von Nürum. Der junge Mann war mit noch einem Kollegen auf dem Seilweg aus dem Watt

zwischen Fähr und Fehland vom rechten Weg abgekommen. Während es dem Kameraden möglich war, den rettenden Seedeich schwimmend zu erreichen, fand Sch. den Tod in den Fluten.

**Bremen.** Selbstmord eines Knaben. Vom Schnellzug Hamburg-Bremen ließ sich am Dienstagabend unweit des Bahnhofs ein Knabe überfahren. Schrankenwärterinnen beobachteten, wie der Knabe sich vor den herankommenden Zug auf die Schienen legte, konnten aber sein Vorhaben nicht mehr verhindern. Auch war es dem Lokomotivführer nicht möglich, den Zug rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Die verkümmerte Leiche wurde als die eines zwölf Jahre alten Knaben, der in der Nähe wohnt, wiedererkannt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Bekanntmachung

### über Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Durch Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 24. April 1918 ist für ganz Nordwest-Deutschland eine Preis-Kommission gebildet worden zur einheitlichen Festsetzung der Erzeugerpreise, sowie gemäß § 7 Absatz 3 der Verordnung vom 2. April 1917 auch zur einheitlichen Bestimmung der Groß- und Kleinhandelspreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund des Beschlusses dieser Kommission werden für das Lübeckische Staatsgebiet vom Sonnabend, dem 15. Juni 1918 folgende Höchstpreise festgesetzt:

	Erzeugerpreis	Gruppe A		Gruppe B	
		Großhandelspreis	Kleinhandelspreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
1. Spargel					
a unfortiert	55 Pfg.	70 Pfg.	90 Pfg.	70 Pfg.	90 Pfg.
b Sorte I	80	95	120	95	120
c „ II, III	55	70	90	70	90
d Sumpfspargel	20	25	35	25	35
2. Spinat					
a Blattspinat					
la loser	30	35	50	35	42
b Wurzel- u. Bodenspinat	20	25	35	25	35
3. Rhabarber					
nur mit Blattansatz v. nicht über 10 cm Länge	18	16	22	15	18
4. Erbsen	40	54	72	48	60
5. Mörrüben ohne Kraut	11	15	20	14	18
6. Früh-Kohlrabi mit Herzblatt ohne weiteres Kraut	35	42	55	40	45
7. Frühzwiebeln mit Lauch	35	45	60	45	60
8. Junge Mörrüben und längliche Karotten					
a mit Kraut v. höchstens 15 cm Länge	14	18	25	17	22
b ohne Kraut	25	32	40	30	36
9. Runde kleine Karotten					
a mit Kraut v. höchstens 15 cm Länge	25	32	40	30	36
b ohne Kraut	40	48	60	46	55
10. Frühweißkohl	25	32	40	30	36
11. Frühweißkohl	25	32	40	30	36
12. Große Bohnen (Sauer- od. Süßbohnen)	25	33	40	30	36
13. Erbsen I Wahl	45	60	75	60	75
14. Preis-, Brenn- u. Marmeladenfrüchsen	35	40	50	40	50
15. Erdbeeren I Wahl	120	150	180	140	165
16. Erdbeeren II Wahl	75	100	125	100	120
17. Wald- und Monatserdbeeren	150	210	250	210	250
18. Stachelbeeren	45	60	75	55	75
19. Johannisbeeren, rote und weiße	40	50	60	46	55
20. Johannisbeeren, schwarze	50	60	70	55	65
21. Blaubeeren (Vielbeeren)	50	65	80	65	80

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der als Erzeugerpreis für Beeren genannte Preis nur für Ablieferung frei Verladewagen verfehrt, also nicht den Fracht- und Sammelsohn darstellt.

Sämtliche Preise gelten für ein Hund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Die Erzeugerpreise gelten für das ganze Lübeckische Staatsgebiet, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe A für die Stadt Lübeck und die eingemeindeten Gebiete, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe B für das übrige Staatsgebiet.

Auf Grund § 5 der Lieferungsverträge ist der Erzeuger, der Lieferungsverträge abgeschlossen hat, zur Lieferung auf Grund vorliegender Erzeugerpreise verpflichtet.

Die sämtlichen früher veröffentlichten Höchstpreise, außer den in dieser Bekanntmachung erwähnten, sind aufgehoben.

Lübeck, den 13. Juni 1918. (2791)

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Für die (2807)

## Endendorff-Spende Betriebsbehörde

unterstellten Werten seitens der Beamten, Angestellten und Arbeiter nachstehende Beträge gesammelt und dem Fonds überwiesen worden und zwar:

Von der Straßenbahn A. 1339,50  
 vom Betriebsamt . . . 265,50  
 „ Schlachthof . . . 227,30  
 „ Gaswerk II . . . 106,00  
 „ „ „ . . . 80,00  
 „ Elektrizitätswert . . . 48,00  
 „ Wasserwerk . . . 28,00  
 von der Markthalle . . . 19,00

Zusammen M. 2108,30

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Lübeck.

### Nachruf.

Am Montag, d. 10. Juni, starb unser Mitglied, der Kollege

## Wilh. Oldenburg.

Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 15. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Bornwerfer Friedhof statt.

Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme an derselben um 3 Uhr beim „Weißen Hirs“.

2808 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 13. Juni starb unser treues Mitglied, der Arbeiter

## Joh. Warnke.

(Bezirkt 7).

Chre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 18. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem Bornwerfer Friedhof statt.

2810 Die Ortsverwaltung.

Für unser Werk Würgendorf (Bahnstrecke Köln-Gießen) werden zum sofortigen Eintritt

# 200 Mädchen

über 18 Jahre und

# 100 kräftige Arbeiter

gesucht.

## Sprengstofffabriken Hoppecke Akt.-Gesellschaft

Würgendorf (Kreis Siegen). 2796

## Konsumverein für Lübeck und Umgeg.

e. G. m. b. H.

### Jetzt ist die beste Zeit

für den Einkauf von

## Einfachgläsern und Einlochapparaten

Wir konnten einen großen Vorrat hiervon einkaufen und halten sowohl Gläser wie Apparate in allen unsern Abgabestellen vorrätig.

Auch Erfahrungs- und -Bligel sind vorhanden.

Der Vorstand. 2792

## Lustige Blätter

Durch wundervolle Bilder und packenden Text das humoristische Leibblatt aller Feldgrünen und Dabeingeblichen!

feldpost- und Probe-Abonnemente monatlich nur Mark 1,60

bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Bis Ende Mai angenommen (2800)

## Umarbeitete Hüte

sind fertiggestellt u. bitte um Abholung. Von jetzt ab werden alle Hüte, die bis Dienstag in meinem Besitz sind, Ende der Woche fertig.

**Julius Eisleben,**  
 Hutfabrik  
 mit elektrisch. Betrieb,  
 Braunsstr. 30/2.

## Stadthallen-Theater.

Direktion: Stanislaus Fuchs. 2803

Freitag, den 14. Juni 1918:

### Die Ehre.

Schauspiel von H. Südermann.

Sonnabend, den 15. Juni 1918:  
 Neuheit! Neuheit!

### Das Fräulein vom Amt.

Operette von Gilbert.

Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Sonntag, den 16. Juni 1918:  
 Anfang 7 1/2 Uhr:

### Das Fräulein vom Amt

Operette von Gilbert.

## Haltbare Hosenträger

mit Leder und gutem Gummi

**Aug. Janensch,**  
 Sandstraße 6. (2794)

## HANSA-THEATER.

Operetten-Gastspiel.

Freitag, den 14. Juni, abends 8 Uhr: Zum letzten Male:  
**Ein Walzertraum.**

Sonnabend, 15. Juni, abends 8 Uhr: Zum ersten Male:  
**Stolze Thea.**

Operette in 3 Akten von Max Gabriel.

Sonntag, den 16. Juni, abends 8 Uhr:  
**Stolze Thea.**

Nachmittags 3 1/2 Uhr: Fremden-Vorstellung:  
**Die tolle Komtesse.**

Montag, den 17. Juni, abends 8 Uhr:  
**Stolze Thea.** 2798

**Brauerei zur Walkmühle**

**Hansa-Brauerei A.G.**

Lübeck.

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

**Bavaria-Brauerei**

Hamburg-Altona

Niederlage Lübeck

Lindenstr. 52a Tel. Nr. 474

Fisch- und Wurstwaren

Ulrich- u. Schwanenstraße

**Julius Schober**

Leichte Wurstwaren

Große Bergstr. 15

Dankverträge etc.  
 beste Fleisch- u. Wurstwaren

## Praktischer Wegweiser

Empfehlensw. Geschäfte

Zergelt. Beachtung empfohlen

**Heinrich Waller**

Breitestr. 60

Herrenwäsche, Krawattenunterzeuge, Hüte, Schirme etc.

**Wilhelm Rahft**

Unterstr. 113

Telephon 657

unveränderte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

**Brauereien**

Die Hiere der **Schlößbrauerei Kiel** werden überall bezogen.

**Lederhandlungen**

**Carl Rohde**

Hundestr. 54

Schlesischer, Bodentierisch, Feilz-Gerberei

**Thüringer Wurstfabrik**

**August Scheere**

G. m. b. H.

liefert das Feinste in allen Wurstwaren.

**Wurstfabrikation**

**Lübecker Wurstfabrik**

**Emil Aland**

Wilk. Schmidt Nachf.

**Kelln**

**C. Ahrens, Bäckmeister.**

**Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu**

**Antikbierbrauerei Lübeck**

**Entlo**

**MewesMühle, Mühlenfabrikate**

**Ratzeburg**

**Ratzeburger Aktien-Brauerei**

**Thüringer Wurstfabrik**

**August Scheere**

G. m. b. H.

liefert das Feinste in allen Wurstwaren.

**Wurstfabrikation**

**Lübecker Wurstfabrik**

**Emil Aland**

Wilk. Schmidt Nachf.

**Kelln**

**C. Ahrens, Bäckmeister.**

**Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu**

**Antikbierbrauerei Lübeck**

**Entlo**

**MewesMühle, Mühlenfabrikate**

**Ratzeburg**

**Ratzeburger Aktien-Brauerei**



### Der Hohn der Wahlrechtsfeinde.

Die Presse der Wahlrechtsfeinde fügt zu der Ablehnung des gleichen politischen Rechtsanspruches des preussischen Volkes den Hohn. Die Blätter der schwerindustriellen und agrarischen Kriegsnutznießer und Privilegierten begrüßen das Treiben der Hendelbrand-Lohmann-Spee-Korona am Mittwoch morgen in einer Sprache, die man, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, nur als Provokation, als Verhöhnung zum Aufputschen des gehöhnten Volkes, auffassen kann. Welch' anderem Zwecke soll es dienen, wenn Herr Friedemann, der bekannte Selbstschreiber der Schwerindustriellen, seinen Triumphartikel in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ mit der Ueberschrift: „Der vierte Abwehrschlag“ verleiht und für die Wahlrechtsfeinde den — Dank des Volkes beansprucht? Man kann nur beklagen, daß die Regierung auch am Dienstag in ihrer alten Jagdhaftigkeit die entscheidende Tat unterlassen hat, die das Volk in der nächsten Zeit in die Lage versetzt hätte, den Kompromißlern diesen „Dank“ abzustatten. Kein politisch betrachtet, ist es übrigens bemerkenswert, daß sich die Leute vom geschwollenen Kriegsgeldsack seit dem Dienstag als die Besieger eines unbesiegten und bisher unbefiegten Volkes fühlen. Die Frage ist nur, ob die verschiedenen „Siege“, die diese Leute seit vier Jahren hinter der Front ertingen, höher veranschlagt werden, als die Siege der von ihnen benachteiligten Frontkämpfer. Man wird die strategische Sprache des Herrn Friedemann um so lieber akzeptieren, als damit dem Volke von autoritativer Stelle Hargemacht wird, daß es außer den Ententemächten noch einen Gegner hat, der darauf brennt, Siege gegen das kämpfende deutsche Volk zu ertingen.

Von dem kriegerischen Elan (wir vermeiden absichtlich das Wort „Geist“) der Wahlrechtsfeinde zugt auch die Ausstattung der „Volk“, nach der der Gedanke des allgemeinen Wahlrechts „eine empfindliche Arbeiterlage erlitten“ habe.

Einen komischen Gegenjaß zu dieser reduzierenden Aufgeschlagenheit bilden die in fast allen diesen Artikeln wiederkehrenden Beschwörungen der Regierung, keinen „Konflikt“ hervorzurufen, das heißt, den Dreiklassenluden, in dem die Volksrechte so schmählich „verhandelt“ werden, kurzerhand zuzumachen. Schier ungläubliche Anforderungen in der Beherrschung der Sachmuskeln stellt an den Leser die „Deutsche Tageszeitung“, die die Regierung beschwört, nicht zu vergessen, „daß wir (?) in einem konstitutionellen Staate leben!“ Für Leute, die einem solchen Grad von Heuchelei verständnislos gegenüberstehen, muß hinzugefügt werden, daß das heißen soll, die preussische Regierung müsse sich nach dem Mehrheitsverhältnis bei der Dienstag-Abstimmung mit dem Bötum der Kompromißler beruhigen. Das Junkerblatt hofft anscheinend die Wirkung dieses Gedankenganges zu verstärken, indem es auf den beträchtlichen Zustrom hinweist, den das Zentrum zu der Dienstag-Mehrheit geliefert.

Mit diesem Faktum sich abzufinden, ist die schwere Aufgabe der „Germania“, des Berliner Zentrumsblattes. Das Blatt ist denn auch von der Schmeichelei seiner Aufgabe so überzeugt, daß es den Kern der Sache unberührt läßt und die Einschwenkung der städtischen Anzahl von Zentrumsabgeordneten in die Front der Wahlrechtsgegner den konsequenten Wahlrechtsfeinden aufs Kerbholz legt. Diese hätten die Abschwenkung verschuldet, indem sie die Sicherungen des Zentrums abgelehnt hätten.

Die „Germania“ beurteilt die Lage zu optimistisch, wenn sie meint, es könne auf diese Art gelingen, die Wille des preussischen Volkes von dem Charakter des Zentrums als einer im ganzen wahlrechtsgegnerischen Partei abzulenken. Merkwürdige Wahlrechtsfreunde das, die für das gleiche Wahlrecht nur unter der Bedingung zu haben sind, daß gleichzeitig „Sicherungen“ dafür gegeben werden, daß dieses Recht um seine — Wirkungen komme! Auch ein wei-

teres verschweigt die „Germania“: daß die katholischen Arbeiter sich in der Wahlrechtsfrage schon vom Zentrum loszulösen beginnen.

### Die Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftsweise in Rußland.

Eine Programmrede Lenins.

Lenin-Reden sind in den letzten Wochen ziemlich zahlreich in der deutschen Presse vorkommen. Ihr Text ist für den, der sich in die Gedankengänge der Bolschewiki versetzt hat, indessen höchst verdächtig; sie zeigen durchweg Wendungen, die ein Lenin unmöglich gesprochen haben kann.

Um so wertvoller ist jetzt die sehr ausführliche Wiedergabe einer Leninischen Programmrede durch den Nachrichtendienst der Internationalen sozialistischen Kommission (Zimmerwald). Lenin bewährt in diesen Darlegungen seine Hauptvorzüge, Offenheit und unerschütterliches Streben nach Darstellung der wirklichen Lage.

Lenin geht davon aus, daß die russische Revolution nur dann gericke werden könne, wenn sie durch harte proletarische Disziplin das jetzt in Rußland herrschende Chaos überwinde. Dazu müsse sie die Pause ausnützen, die der schwere und unheilvolle Friede von Brest-Litowsk ihr gewähre. Die Unfähigkeit dieses Friedens besteht nicht etwa in irgendwelchen Revolutionsgedanken Rußlands. An eine Wiederaufnahme des Krieges könne außer den geismorenen Feinden der Revolution kein zurechnungsfähiger russischer Politiker denken. Gefährlich seien vielmehr für den Frieden die starkgerüsteten imperialistischen Staaten, die Rußland im Osten und Westen umgeben; ihre Militärparolen könnten vielleicht neue Eroberungspolste ins Werk setzen. Um so intensiver müsse Rußland die Ruhezeit benützen, um die Wunden des Krieges zu heilen und den organisatorischen Aufbau des Landes zu bewerkstelligen.

In den bürgerlichen Revolutionen besand die Hauptaufgabe im Herstellen und Vernichten. Bei der sozialen Revolution besteht die Hauptaufgabe in der positiven Arbeit, in der äußerst schwierigen Schaffung der Organisation zur planmäßigen Produktion und Verteilung. Die Erringung der politischen Staatsmacht ist nur den ersten und nicht den schwersten Teil der Aufgabe des Proletariats. Jetzt muß die elementare Ordnung gesichert, die Mangel und der Hunger der Massen überwunden und die Durchorganisierung der Wirtschaft in Angriff genommen werden. Gerade die Vorkämpfer, welche als kapitalistische Moralisten in bürgerlichen Staat verpörrt wurden, seien jetzt für das Proletariat die höchsten: steht nicht! sei ordentlich in der Arbeit! verschwende keine Zeit! gebe sorgfältig mit dem Geld um! Die Ernter der Millionen und aber Millionen menschlicher Wesen in Rußland hängt davon ab, daß die siegreiche Revolution eine ordentliche Organisation der Wirtschaft zustande bringt. Die tatsächliche Sozialisierung der Wirtschaft ist noch zu leisten, und erst danach wird Rußland nicht nur eine Sowjetrepublik, sondern eine sozialistische Republik sein. Einweilen herrschen Anarchismus und Verwilderung als Nachwirkung des Zerfalls und des Krieges.

Damit ist die Revolution in eine neue Phase eingetreten. Von der einseitigen Stufe der Enteignung der Kapitalisten gilt es jetzt zu der höheren überzugehen, d. h. zur Schaffung solcher Verhältnisse, welche die Bourgeoisie wirtschaftlich unmöglich machen. Dazu muß die Produktivität vermehrt, Erzeugung und Verteilung wirklich organisiert und unter sterner Kontrolle genommen werden. Die Aufgabe der gegenwärtigen Regierung könne deshalb nicht die einfache Fortführung der Offensive gegen das Kapital sein. Die weitere Enteignung solle nicht aufgegeben werden, aber der Schwerpunkt des politischen und wirtschaftlichen Kampfes müsse verschoben werden. Kontrolle und Verwaltung müßten Zeit gewinnen, der Enteignung nachzukommen. Die Rotgardistenallade war gut dazu, den militärischen Widerstand der besitzenden Klassen zu brechen, aber sie kann für den Aufbau der Wirtschaft nicht das richtige Mittel sein.

Der Sozialismus will die Produktion über den vom Kapitalismus erreichten Stand hinausheben. Dazu braucht er Spezialisten, die über technische Kenntnisse und Erfahrungen verfügen. Da andere nicht zur Verfügung ständen, müsse man die bürgerlichen Spezialisten für besonders hohen Lohn zur Arbeit heranziehen. Die Klassenbewußten Arbeiter und Bauern würden den Tribut von 50 oder 100 Millionen jährlich für die Heranziehung sachkundiger Techniker aus Rußland und dem Auslande auf sich nehmen, da sonst der Rückstand in technischer und organisatorischer Beziehung Milliarden Schaden mache. Man dürfe den Arbeitern nicht ver-

tuschen, daß sie heute die nötige technische Kenntnis und Arbeitsdisziplin nicht hätten. Deshalb braucht man sie nicht zu verweigern, aber sie müßten sich klar darüber sein, daß die Dauer ihrer Herrschaft von dem Siege über die anarchische Unordnung abhängt. Der Russe sei ein schlechter Arbeiter im Vergleich mit den Arbeitern der fortgeschrittenen Länder. Daran seien der Zerfall des Sozialismus und die Ueberbleibsel der Selbstregierung schuld. Sie müßten sich unbedingt durch die Bissenheit den Weg zu höherer Arbeitsleistung erschließen, solle nicht die proletarische Diktatur an der Unfähigkeit zugrunde gehen, sie auszunutzen. Alle Produktion und aller Verbrauch ist jetzt zu einer Staatsangelegenheit geworden, und zwar zur wichtigsten. Der Wettbewerb der einzelnen Gemeinden und Fabriken, der Wettstreit der Erzielung der höchsten Leistung müsse durch das Beispiel in großem Maßstabe erzieherisch wirken. Die Statistik, die bisher nur offiziellen und bürokratischen Zwecken unterworfen war, müsse jetzt den Arbeitern folgen, um sie zu arbeiten zu lassen, wieviel sie ruhen könnten und welchen Anteil an kulturellen und ästhetischen Genüssen sie für ihre Arbeit erlangen könnten. Nicht einiger Wochen, sondern vieler Monate und Jahre werde es bedürfen, ehe eine bisher unedlerliche Klasse aus ihrer eigenen Mitte tüchtige Organisatoren ersicht. Aber unmöglich könne es nicht sein, wenn man das Bewußtsein der Notwendigkeit und Entschlossenheit in der Durchführung besitzt. Ohne revolutionären Enthusiasmus wird sich freilich diese große Leistung nicht vollbringen lassen.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist nicht ohne Zwang und Diktatur möglich. Das hat Marx sehr richtig vorausgesehen, und die russische Entwicklung hat die kleinbürgerlich demokratischen Einwendungen gegen seine Gewaltlehre vollständig widerlegt. Ohne rücksichtslose Unterdrückung der herrschenden Klassen und ohne die Ueberwindung von Raub und Bestechung, Begleiterichnungen der großen Umwälzung, kann die Herrschaft des Proletariats nicht vorwärts kommen. Viel Zeit und eine eiserne Hand sind dazu notwendig. Bei allen Revolutionen hat das Volk die Diebe an Ort und Stelle erschossen. Das war inkonkret richtig gehandelt. Nur braucht man Kraft und Ausdauer, um die neue Ordnung fest zu verankern.

Diktatur bedeutet nicht Macht, unerbittlich in der Unterdrückung der Ausbeuter und des Lumpenproletariats. Die proletarische Diktatur in Rußland war bisher längt nicht eiserne genug. Die Gegenrevolution suche alle zerstückeltemente auszunutzen, die Befehung, den Mangel an Disziplin und die Arbeitslosigkeit, um das Chaos zu vermehren. Diese kleinbürgerlich anarchische Gefahr ist jetzt die größte. Gegen sie komme man nicht auf mit Agitation und Ermunterung der Wettstreiter, sondern man bedürfe der Zwangsmittel der Volksgewalt, die ein Organ der Macht, der Arbeiter und ärmeren Bauern werden müßten.

Das Bewußtsein, daß der Hammetismus der russischen Revolution Hunger und Arbeitslosigkeit sind, führt Lenin fort. „Es noch nicht genügend ins Bewußtsein gedrungen. Jeder, der die notwendige Arbeitsdisziplin nicht trägt, trägt Mitleid an Hunger und Arbeitslosigkeit, muß dem Volksgewalt überwiegen und unerbittlich bestraft werden. Namentlich im Eisenbahnbereich ist die Einführung diktatorischer Disziplin unerlässlich. Jede Greßaustrafe, d. h. die Produktionskassas und die Grundlage des Sozialismus, sei strenge absolute Einigkeit des Willens voraus, verlangt die Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden nach einem Plan. Sie kann nur erzielt werden durch die Unterwerfung des Willens von Tausenden unter den Willen eines Einzelnen, sei es freiwillig durch höchstes Klassenbewußtsein und strenge Disziplin, sei es durch größere Herrschaftsformen.“

Lenin feierte dann die Sowjetorganisation als höchste Stufe der Demokratie, weil sie lediglich von proletarischen Wählern abstrahiere, alle bürokratischen Formalitäten beseitige und die Avantgarde der Arbeiterschaft, das großindustrielle Proletariat, zum Herrscher erhebe. Aber die Sowjets dürften keinen kleinbürgerlichen Charakter annehmen. Ihre Aufgabe in der Übergangszeit sei besonders schwer, aber nur in ihrer Erfüllung liege die Garantie der endgültigen Befestigung des Sozialismus.

Das jüngste Entwicklungsstadium der Revolution sei schwierig. Die revolutionären Ereignisse im Westen kämen unendlich langsam heran, und in Rußland selbst sei das Ringen mit der kleinbürgerlichen Anarchie hart. Mancher kleinbürgerliche Revolutionär verzweifelte und gehe beiseite. Das Unglück dieser Leute bestehe darin, daß auch die besten unter ihnen nicht verstehen könnten, in welcher außergewöhnlichen und schwierigen Lage sich ein unabhängiges Land befände, zerrüttet durch einen verhängnisvollen Krieg, das die Revolution lange vor den fortgeschrittenen Ländern beginnt. Aber die Führer des Proletariats dürften Mut und Ausdauer nicht verlieren, auch nicht bei den allerhöchsten und gefährlichsten Uebergängen. „Der russischen Revolution ist mit ge-

### Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

8. Fortsetzung.

„Wohin?“ fragte der Pfarrer.  
„In die weite Welt.“ erwiderte Esi.  
„In welcher Richtung?“  
„Mein Glück zu suchen.“  
„Dein Glück? Dein Glück?“  
Und das Mädchen und sein sechsjähriges Amt für einen Moment vergessend, fügte er murrend hinzu: „Wo ist das Glück, und was findet es?“

Esi hatte aber diese Worte doch gehört.  
„Wer sucht, der findet.“ sagte sie, „und wer auflopft, dem wird aufgetan. Ich will suchen und aufloppen.“  
„Nein, du wirst jetzt zunächst mit mir ins Dorf zurückkehren, und nachmittags werd' ich in die Höllenschwarz gehen, um deinen Eltern ins Gewissen zu reden, daß sie ein achtsames Aug' auf dich haben sollen.“

„Ihr seid gar zu gültig, Herr Pfarrer. Aber ich bin kein Gombes mehr. Ich bin b'hart“ und tana gehen, wohin ich will.“  
Damit stand sie auf, schaute mit der linken Hand ihr Bündel, schlug sich mit der rechten an den Felsblock, der neben ihr aufreichte, schlug ihr rechtes Bein um das linke und balancierte mit keineswegs kindlicher Kletterei ihr hübsches Figürchen auf der linken Fußspitze. So sah sie verführerisch genug aus, mehr aber noch komisch, denn sie wollte sich offenbar das Air einer jungen Dame geben, die mit ihrem Anbeter toskettiert. Deshalb vermittelte sie jetzt auch die rotwelligen Redensarten und befiel sich ein Hochdeutsch zu sprechen, wie sie es nicht so oft fast in der Schule von Widgenellen als vielmehr zuzeiten auf dem „Tuh“ des Theaters in Bern kennen gelernt hatte.

Milder nahm von alledem keine Notiz. Er sah in dem Mädchen nur ein unartiges Kind, das vor der Zeit der Rute entlaufen wollte. Aber das Kind hatte ihn Teilnahme abgewonnen, leit er es kannte, und er war zu der Annahme berechtigt gewesen, Esi

\*) Diese Kirche. Chakne Hochzeit. „Gang“ ist nicht rotwellig, sondern ein Nüll- und Altkleid von unbestimmtem Sinn, das in der Berner Mundart vielfach oft wiederkehrt. Ebenfalls mundartlich sind „vorig“ statt vorrätig und „hören“, einsehen, konstatieren. Kalle heißt im Rotwellisch Braut, Angel-Zittermännche die Bibel, Koozen ein reicher Mann, Gotsche Bauer, Gose Frau Finkeln Küche, Lupper Taschenmhr, Gallach Pfarrer, Gallach Pfarrerin, Vinger Augen, mefajfaj, verdrießlich oder mißtraulich, Jam Wein, grillisch eiferig, treife unglücklich oder unrein, Hische Weibsbild, Klemmerle Bräutchen, Maffamen Gald, Dlrtsch-Kaffier Vater, Gramerei Hochzeit, Gombes Kind.

auf einen besseren Weg gebracht zu haben. In der Unterweisung, das ist im Konfirmationsunterricht, hatte sie es in schneller Fassungskraft und Fleiß allen ihren Mitschülern weit vorausgetan und den Pfarrern durch ihre scharfsinnigen Fragen in Erstaunen, manchmal sogar auch wohl in Verlegenheit gesetzt. Ein unaußstehbarer Zug von Bosheit war freilich auch damit unterlaufen und hatte Esi keine Gelegenheit verschämt, in ihrer Art für die bauernstolze Verachtung, die sie von Seiten ihrer Mitschüler und Mitschülerinnen zu erfahren gehabt, Rache zu nehmen. So hatte eines Tages der Pfarrer, nachdem er seinen Konfirmanten eindringlich auseinandergesetzt, innerhalb welcher sittlichen Schranken der Mensch berechtigt und sogar verpflichtet ist, auch für sein zeitliches Heil zu sorgen, den Jakob Dötterli gefragt: „Nun, Jakobli, sag mir mal, was muß man tun, um hienieden glücklich und zufrieden zu leben?“ Die Antwort abwartend, ging Milder nach seiner Gewohnheit in der Schultube auf und ab, und wie er von seinen Rücken gewandt beugte sich Scharwajelli blitzschnell zum Ohr des vor ihr stehenden Jakob, ihm einzuflüstern, und sofort platzte der hoffnungsvolle Junge mit der Erwidrerung heraus: „Ma muess luege, daß ma e rache Buretochter zum Rab erwirbt.“ (Man muß sehen (das ist folgen), daß man eine reiche Bauerntochter zur Frau bekommt.) Natürlich lachte Esi über ihren gelungenen Streich hell auf und die andern ihr nach, und der gute Pfarrer hatte, seit er im Amte war, noch nie größere Mühe gehabt, seine heilenshürliche Würde zu bewahren, als bei Anhörung dieser Probe ländlich-sittlicher Moral.

Der Pfarrer überhört den Sach, und Esi ließ ihn ruhig herankommen. Nur warf sie rasch einen Blick rückwärts über ihre linke Schulter, als wollte sie sich auf alle Fälle der Möglichkeit eines ungehinderten Rückzuges vergewissern.

„Nein, fürchterer Wildfang.“ sagte Milder, „du bist nicht in den Bund erwählter Christen aufgenommen worden zu dem Zwecke, schlimmen Trieben frei nachleben zu können. In die weite Welt willst du? Weist du denn nicht, daß die Heimat ein Segen ist, den man in der Fremde vergebens sucht?“

Davon weiß ich freilich nichts, weil ich nie von einer Heimat wußte.“ erwiderte Esi kalt, aber in so respektvollem Tone, daß sich der Pfarrer dadurch täuschen ließ. Deshalb sagte er mit zutraulicher Güte: „Aber du kannst leraen, was Heimat zu bedeuten hat, indem du dir eine gründest und zwar hier in unserem Tale. Deine Auffassung ist die letzte Zeit her tadelloß gewesen, und du müßt wohl bemerkt haben, daß demzufolge die Leute freundlicher gegen dich geworden sind.“

„Nein, davon hab' ich nicht viel bemerkt. Was hilft mir die gute Auffassung? Ich bleibe doch Scharwajelli aus der Höllenschwarz, die den Strobelhäpt, den Schellenwerter, zum Vater hat, wenn er's schon nicht ist. Ja, wenn ich Bagen hätte! Nur wer Geld hat, ist in der Welt.“

„Bei den Dummen und Schlechten, ja. Der reichste Mann im Ort, der mit reichlichem Fleiß sein Brot erwirbt, darf auf die Achtung aller vernünftigen Leute Anspruch machen, und sie entgeht ihm auch nicht. Arbeit, Kind, arbeite! Das ist der feste Grund, auf den du deine Zukunft, deine Zukunft gründen müßt. Leben heißt tätig sein. Du hast eine entsetzliche Gabe fürs Zeichen und Bildhauen. Der Ruodi Zurflüh hat es mir wiederholt gesagt.“

„Der Ruodi hat Euch das gesagt?“

„Ja.“

„Und weiter nichts?“

„Doch. Er meinte, man müßte dafür sorgen, daß du nach Brienz in die Holzschuherschule lämest. Da könntest du, wenn du nur wolltest, es in der Holzschuhedekunst zu was Rechtem bringen.“

„Esi's Miene war jaht, jaht weich geworden. Sie schweig nachdenklich, es arbeitete in ihrer Brust, und sie konnte die Augen.“

„Der Ruodi hat Gutes von mir gesagt, der Ruodi!“ stürzte sie sichherzogen.

Milder sah, daß er Terrain gewonnen, und wollte den Vorteil verfolgen, indem er fortfuhr: „Glaub' mir nur, Kind, es gibt Leute, die es gut mit dir meinen. Da ist die Rosi.“

„Die Rosi?“ fiel das Mädchen ein, heilig aufschauend.

Der Pfarrer beachtete in seinem wohlwollenden Eifer nicht, daß schon wieder ein Wechsel über die beweglichen Züge Esi's gekommen war, daß ihr Mund sich trotzig auwarf und ihre Stirn jährot brannte.

„Ja, die Rosi.“ sagte er. „Es war dabei, als der Ruodi mir zuletzt von dir sprach, und sie meinte, ihr Vater, der ja Gemeindevorstand ist, sollte dafür sorgen, daß in der angegebenen Richtung die Gemeinde etwas für dich tue. Und wenn das nicht ausreichte, wollte sie, wie sie sagte, gerne ihren Spartof hergeben.“

„Es mag ihn behalten.“ fiel Esi hastig ein. „Ich will nichts von ihr, keinen Spartof (Centime, sonst auch Rappen genannt, deren der Schweizerfranken 100 enthält), gar nichts!“

„Was soll denn das wieder bedeuten?“ Was hast du denn?“

„Nichts hab' ich, und das ist ganz eben das Kreuz und der Jammer.“

„Esi mit deinen koboldischen Einfällen! Und jetzt kommt du mit mir heim. Ich habe keine Zeit mehr zu verlieren.“

Der Pfarrer hatte mit Recht das Wort koboldisch gebraucht. Jede Spur von Weisheit war aus Haltung und Rede des Mädchens verschwunden. Die tief-schwarzen Augen blitzten wie die eines schelmischen Koboldes, und den kleinen Mund kränzelte wieder das alte Hohlnägeln.

— Fortsetzung folgt —



Herlichen Gehörden der Verzweiflung nicht gedient, sie braucht das planmäßige, zielbewusste Aufstreben der eisernen proletarischen Avantgarde.

Die Rede Lenins scheint uns außerordentlich aufschlußreich. Sie beweist die Richtigkeit der Anschauung, daß bloße politische Umwälzungen für den Sozialismus nicht von entscheidender Bedeutung sind, und daß er seine Hauptaufgabe, die Organisierung der Produktion, nur in langsamer unermüdlicher Entwicklungsarbeit lösen kann. Ob das in Rußland unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt zu leisten ist, bleibt sehr zweifelhaft. Jedenfalls aber haben Lenin und seine Freunde die Aufgabe sehr richtig erkannt und werden ihr Bestes tun, um sie zu lösen. Die Idee, daß sie sich mit Revolutionsgedanken frügen, ist lächerlich und beleidigt ihren Verstand.

## Deutscher Reichstag.

### Die Beratung des Militäretats.

Im Reichstag wurde auch die Donnerstag-Sitzung nach mit der Beratung des Heeresetats ausgetilgt. Obwohl die Vertreter der Heeresverwaltung sich alle Mühe geben, das Vorhandensein von Missethänden im Heere zu bestritten, dürfte es nach dem reichlichen Material, das von verschiedenen Seiten, insbesondere von unserem Genossen Boehle und von dem Fortschrittler Dr. Müller-Meinungen vorgebracht ist, doch keinem Zweifel unterliegen, daß sehr viel dringend der Beseitigung bedarf. Den Rednern der Linken kam es nicht darauf an, Missethätungen zu erzeugen, sondern die ganze Tendenz ihrer Ausführungen war offensichtlich darauf gerichtet, durch die Aufdeckung und Beseitigung von Schäden die Stimmung unter den Soldaten zu heben und so den Interessen des Vaterlandes zu dienen. Wenn General v. Wiesberg aus anderen Erwägungen im Westen den Schluss ziehen zu können glaubte, daß die Stimmung im Heere eine durchaus gute, so ist das ein Fehlschluss. Diese glänzenden Erfolge sind errungen worden trotz der Beschwerden einer großen Anzahl von Kriegsteilnehmern, die sich von ihrer Zustimmung niemals soweit hinwegsetzen lassen, daß sie darüber die Erfüllung ihrer Pflicht vergessen. Auf Einzelheiten einzugehen, erübrigt sich an dieser Stelle, die Leser ersehen das Nähere aus dem ausführlichen Parlamentsbericht. Nur das eine sei hervorgehoben, daß die Art und Weise, wie der Kriegsminister den Abgeordneten zu erwidern beliebt, in keiner Weise den parlamentarischen Gepflogenheiten entspricht. Auch der Kriegsminister darf niemals vergessen, daß der Reichstag dem Bundesrat nicht untergeordnet ist, sondern als gleichberechtigter Faktor neben ihm steht.

Berlin, den 13. Juni 1918.

174. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Stein.

Die zweite Beratung des

### Heeresetats

Sehr geehrter Militärbvollmächtigter Generalleutnant Leutnant v. Weisberg erwidert im einzelnen auf die Angriffe des Abg. Kugel und behauptet, daß u. a. die tägliche Militärverwaltung irgend wie paritätisch vorgehe. Wenn den Mannschaften die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ geliefert werden seien, so deshalb, weil sie das am meisten gelesen: Morgenblatt seien. (Widerbruch bei den Unabh. Soz.) Ein Zwang auf die Befüllung dieses Blattes ist nicht ausgeübt worden. Wenn gegen die „Leipziger Volkszeitung“ von den Militärbehörden vorgegangen wird, so geschieht dies wegen der scharfen Haltung des Blattes. Die Haltung dieser Zeitung ist derart, daß die Franzosen Artikel aus diesem Blatte in Patronenhüllen verpacken in unsere Stellungen hinführen. (Hört, hört!)

Abg. Haug (Lk.): Die Regierung hat es verstanden, die zu Beginn des Krieges in ganz Elsaß-Lothringen herrschende Besatzungsverhältnisse zu verbessern. Was ist die Verwaltung der Statthalterhaft eine sehr mangelhafte, so sind die Maßnahmen der Generalkommandos in bezug auf die Stimmung in den Reichsländern direkt zu bedauern. Der schließliche Soldat ist seit dreihundert Jahren als ein wichtiger Bestandteil, und die Erfahrungen des Krieges rechtfertigen die hohe Auffassung von seiner militärischen Tüchtigkeit. Jedoch verstanden muß es aber für den Offizier sein, wenn seine Pflichterfüllung angezweifelt und er als unklarer Kamerad bezeichnet wird. Die Befehle einzelner Militärkommandos, zu verallgemeinern, im höchsten Grade ungerathen. Sollte sich die Nachricht behaupten, daß gefangene Elsaß-Lothringische Soldaten in Frankreich zum Verrat und zum Kampfe gegen Deutschland gezwungen worden sind, so ist das für die französische Nation entwürdigend. Der Elsaßliche Soldat ist ein Deutscher so gut wie jeder andere. Für den Verrat gegen zwei Elsaß-Lothringische, die am 10. März in Geisendeshand fielen, daß sie die deutsche Offizierskommission verraten hätten, liegen keine genügenden Beweise vor. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die erhobene schwere Anklage gegen beide ungerathen ist. Den Brüdern der Offiziere wendet die Zeitung besonders Aufmerksamkeit zu. Man sollte aber nicht die Gesamtheit für die Verbrechen einzelner verantwortlich machen. Befreiung Sie die Ursachen der Verhinderung, damit die Offiziere ihrer Zukunft wieder froh werden.

Abg. Schirmer (Zentr.) bringt eine Reihe Einzelbeschwerden über schlechte Verpflegung usw. vor. Die Soldaten beklagen sich vielfach, daß es gefährlich sei, an Reservatsoffizieren zu schreiben. Der hauptberufliche Kriegsminister hat erklärt, daß den Soldaten in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten gemacht werden dürften. Ich hoffe, daß der preussische Kriegsminister das gleiche erklären kann. Es wäre interessant zu erfahren, inwiefern sich nicht nur die Mannschaften, sondern auch die Offiziere an der Kriegsanleihe beteiligen können. Wir dürfen nicht erlauben, durch Wohlwollen und Gerechtigkeit die gute Stimmung unserer Soldaten zu erhalten. (Beifall im Zentr.)

Oberleutnant v. Franke erklärt, daß alle Beschwerden, besonders die von Handverletten, möglichst schnell beachtet werden sollen. Für die heimkehrenden Kriegsgesangenen in Rußland reichen amänglich die vorbereiteten Maßnahmen an den Auswahlsstellen nicht aus, um ihnen einen würdigen Empfang zu bereiten. Dem ist jetzt Abhilfe getan. In keinem Lande ist die Behandlung der Kriegsgesangenen so menschlich wie bei uns. Sie werden streng aber gerecht gehalten. Wir danken dem Kaiser Kaiser für die Mitarbeit an der Besserung der Behandlung unserer Gesangenen.

Abg. Boehle (Soz.): Bei der Entlassung der älteren Jahrgänge sollten zuerst die Familienmitglieder berücksichtigt werden. Die Offiziere dürfen hierbei nicht wieder zurückgelassen werden. Bergarbeiter sind eingeschlossen worden, weil sie Kontingenzen bewohnen, die sich lediglich mit Lohnarbeiten beschäftigen. (Hört, hört!) In bezug auf die jährliche Erziehung ihrer Kinder in einem Sanitätsheim, wurden eingeschlossen, weil sie beim Arbeitsgeber wegen Gewährung einer ihnen bewilligten Vorlage zurückgelassen wurden. (Hört, hört!) Das Bundeswesen nimmt immer mehr überhand. Auf den Erlaß des Generals Göttern in der Ukraine werden wir bei der Beratung der Vorlagen zurückkommen. Der Elsaß-Lothringische Landtag ist in keiner Bewegungsbereitschaft immer mehr beizubehalten. In diesem Jahre hat man eine ganze Reihe Dinge festgestellt. Aber die letzten nicht einmalig verhandelt werden darf. Das gehört auch der Lebensmittellieferung durch Offiziere. (Hört, hört!) Was das denn auch eine militärische Einrichtung? (Sehr gut!) Solche Forderungen werden in der Beratung natürlich nicht berücksichtigt. Der Landtag hat zum Protest gegen diese Beschlüsse beschlossen, von öffentlichen Verhandlungen über-

haupt abzusehen. Den Zeitungen wurde verboten, diese Erklärung zu veröffentlichen. (Hört, hört!) Redner kritisiert einige fassende Fälle der Urlaubsverweigerung an Elsaß-Lothringern. Den Elsaß-Lothringischen Ärzten, die g. v. usw. sind, wird in keinem Falle so schwer in ihrem Erwerb geschädigt. In Straßburg herrscht z. B. großer Mangel. Die aus dem Dienst entlassenen 1889er müssen monatelang in den Kasernen herumlungern, ohne Zulassung nach Elsaß-Lothringen zu erhalten. Eine starke Befestigung der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung bildet die Krieg- und Paktkontrolle. Die Verkehrsbehinderungen geben in Elsaß-Lothringen soweit, daß mitunter ein Bauer, der in das Nachbarort reiten will, erst eine Zulassungsbillette braucht. Das Spitzelwesen hat so überhand genommen, daß in Kolmar ein Bureau eingerichtet ist, wo die Register über alle möglichen Kleinigkeiten bis in die Lande gehen. Der Fall des Generals Rhode, über den ich Beschwerde geführt hatte, ist noch immer nicht erledigt. In einem anderen Falle hat ein Hauptmann, der einen Posten ohrfestigte, weil er angeblich seinen Postenbereich überschritten hatte, nur acht Tage Stubenarrest erhalten, weil er „in Erregung“ gehandelt hätte. (Hört, hört!) Ein 18jähriger Kamerad, der bezeugt, der Posten habe seinen Bereich nicht überschritten, wurde daraufhin so drangsalirt, daß er sich kürzlich vergiften wollte. (Hört, hört!) Ein Hauptmann, der wegen seiner Kleinigkeit herumhaut, gehört nicht an seine Stelle. (Sehr richtig!) Man könnte tagelang über die Mißstände in Elsaß-Lothringen reden. Die große Masse der dortigen Bevölkerung ist gut deutsch, aber demokratisch. Die Propaganda des überhöchswichtigen Patriotismus, wie sie jetzt von militärischer Seite dort betrieben wird, muß die gegenteilige Stimmung erzeugen. Die Tätigkeit des Professors Bernhart ist geradezu ein Unglück für das Land. Ein freies Elsaß-Lothringen würde sich in einem freien Deutschen Reich, dem es organisch angegliedert ist, wohl fühlen. (Bravo, bei den Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Volksp.): Es geht uns hier wie beim Belagerungsstand: wir fühlen die geheime verbissene Gegnerschaft gegen das Parlament. Daher auch der sogenannte „Aufklärungsdienst“. Es soll kein allgemeines Verbot bestehen, mit Abgeordneten zu verkehren. Wie steht es aber mit den speziellen Verboten. Woher kommt es, daß die Soldaten so fürchten, es könne ein Verbot mit Abgeordneten herauskommen. Die Entlassung der alten Jahrgänge und der letzten Söhne muß beschleunigt werden. Einem alten Bauernpaar, das bereits vier Söhne verloren hat, wurde die Entlassung des letzten Sohnes vom Stellvertretenden Generalkommando in Pommern verweigert. Im 20. Armee Korps wurde einem Vater, der zwei Söhne verloren hatte und um die Entlassung der anderen bat, geantwortet, warten Sie, bis die zwei anderen auch noch gefallen sind, dann kann der letzte entlassen werden. (Wut-Rufe!) Bitterkeit hat es eine Rolle dabei gespielt, daß der Mann 70g heißt. Solche Fälle müssen ungeheuer verberitend wirken. Auf der anderen Seite ist man an der Front überzeugt, daß noch t.-v.-Leute dank ihrer Konnexionen in den Schreibstuben herumhocken. Zur Bewachung und Fütterung von acht Schwestern eines Kommandanten im besetzten Gebiet in Frankreich werden ständig Soldaten und zwei Führer vermandt. (Hört, hört!) In solchen Dingen wird ungeheure Verschwendung getrieben. In Bukarest sollen 3700 deutsche Offiziere herumlaufen. (Hört, hört!) Für die haben wir wirklich bessere Verwendung im Westen. Ganz unberechtigt ist die Zurückziehung der Armierungstruppen. (Sehr richtig!) Die Bezahlung der Arzte-Kreuz-Schwestern ist viel zu gering. Interessant wäre eine Statistik, wie viele freiwillige Offiziere geworden sind, die nicht das Einjährig-Freiwilligen-Examen gemacht hatten. Viele ausgezeichnete Flieger, ausserliche Leute, auf die das deutsche Volk stolz sein kann, wurden nicht Offiziere, sondern sind als Wajzelweibel gefallen. Es soll ein Geheimverbot erlassen sein, daß die aktiven Offiziere möglichst hinter der Front vermandt werden sollen. (Kriegsminister v. Stein: kein Wort wahr davon!) Ich verneine nicht die Verdienste der aktiven Offiziere, aber ungerathes in der Beförderung, zumal diese jetzt vornehmlich mit der Forderung an der Front betraut werden. Die Mißstände im Auszeichnungswesen erregen sehr böses Blut. Ein General hat das Eiserne Kreuz I. Klasse erhalten, obwohl er noch nie seinen Garnisonort verlassen hat. (Hört, hört!) Gerechte Behandlung, Löhnung, Beförderung und Urlaub sind die vier wesentlichen Forderungen der Soldaten. Höhere Löhnung, gleiches Essen, und der Krieg wird leicht vergessen, das ist jetzt die Lösung draußen. Was dem Soldaten als Tabak gegeben wird, ist zum Teil nicht einmal Tabak, sondern nasse Streu. Weg mit diesem Giftzeug! Das Gesetz über die Strafmilderungen ist eine glänzende Rechtfertigung des Parlamentes. Noch Herr v. Gallenbach ist in der Beförderung des jüngeren Arztes die größte Gefahr für die Disziplin. Man schimpft, macht keine Revolution. Die ganze Rechtsverfassung unserer Armee bedarf dringend der Revision. Das jetzige Beförderungswesen ist ganz unhaltbar, der Soldat kann keinen Gebrauch davon machen, ohne sich den größten Gefahren auszuweichen. Ganz ungläublich erwidert mir die Meldung, daß an einer Stelle jeed Beförderung mit Arrest bestraft wird. Das wäre geradezu sinnlos. Unsere Kritik will nicht Unzufriedenheit, sondern Abhilfe schaffen. Neue Zeit braucht neue Methoden und Reformen. Haben Sie Vertrauen zum Parlament, zu unserer Mithilfe. (Bravo links.)

Kriegsminister v. Stein: Wenn der Abg. Dr. Müller-Meinungen unserem Heere helfen will, dann darf er nicht derartige Verdächtigungen aussprechen, wie er sie geäußert hat. (Große Unruhe und Zurufe links.) Ich meine die Verdächtigung gegenüber einer Gruppe von Leuten, die draußen ihr Blut vergießen, und von denen der größte Teil bereits unter der Erde liegt. (Sehr richtig! rechts.) Dr. Müller-Meinungen hat behauptet, daß zum Teil der aktiven Offiziere Reservatoffiziere ausschließlich an der Front verwendet würden. Das ist ein Gedanke, den Dr. Müller nicht einmal äußern durfte. (Große Unruhe links. — Sehr richtig! rechts.) Gerade wenn Dr. Müller daran nicht glaubt, dürfte er die Sache nicht in die Öffentlichkeit bringen, denn er muß wissen, wie es etwas wirkt. (Sehr richtig! rechts. — Unruhe links.) Das gleiche gilt von den anderen Sachen, von denen er behauptet hat, sie seien ungläublich. Wenn man etwas nicht glaubt, dann hat man auch nicht das Recht, es hier vorzubringen. (Lebh. Zustimmung rechts. — Große Unruhe links.)

Abg. Held (Nat.): Der Behandlung und Verpflegung unserer Soldaten muß stets größte Aufmerksamkeit zugewandt werden. Jeder Vorgesetzte muß das Bewußtsein haben, daß unsere Soldaten das kostbare Gut der Nation bedeuten. Es muß alles getan werden, das Los unserer in Gefangenschaft befindlichen Leuten zu verbessern. Hoffentlich ist es bald möglich, den Jahrgang 1870 zu entlassen. Unter Wirtschaftsleben erfordert das dringende Zurückstellungen und Beurlaubungen von Landwirten zu Entlastungen müssen rechtzeitiger und reichlicher erfolgen. Unmöglich ist es, wenn man versucht, als krank oder verwundet Entlassene zum Beispiel auf Erntehilfe zu bewegen. (Bravo!) Es läßt eine nationalliberale Entschließung ein, die Forderungen gegenüber der Mannschaften aufstellt.

General v. Wiesberg: Wir hatten es für unsere Pflicht, Gegenmaßregeln dagegen zu ergreifen, daß hochgewinnliche Ideen in die Arme hineingetragen wurden. Das ist notwendig, nachdem die Volkswirtschaft verarmt haben, ihre Gewinnung unseren gefangenen Soldaten beizubringen. Wenn das Militär beim Streich zur Verfügung gestellt wird, so nur, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Vorbereitung gefährlicher Flugblätter darf nicht gestattet werden. Die Stimmung im Heere ist durchaus gut. Der glanzvolle Siegen, daß eine Armee in schlechter Stimmung solche Taten vollbringen könnte, wie wir sie jetzt draußen sehen? (Bravo!)

General v. Sangermann erklärt, daß von dem Strafmaß weitgehender Gebrauch gemacht wird. Wenn man Leute in den Lazaretten bewegt, auf alle Entschuldigungsansprüche zu verzichten, damit sie entlassen werden, so ist das ein Unfug, den ich nicht dulden werde, aus der Welt zu schaffen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (persönlich): Der Kriegsminister hat den Standpunkt vertreten, daß ein Abgeordneter eine Behauptung, der er für ungläublich hält, hier nicht vorbringen dürfe. Diese Behauptung ist ebenso originell wie unrichtig. Es ist nicht Sache des Kriegsministers, uns Vorschriften zu geben. Er hätte mir dankbar sein müssen, daß ich ihm Gelegenheit gab, dem weitverbreiteten Gerücht über die inaktiven Offiziere öffentlich entgegenzutreten. Im übrigen hatte ich meine Behauptung auf Grund seines Zurechtsetzens in lokaler Weise zurückgenommen. Trotzdem hat es der Kriegsminister für nötig gehalten, in einem Ton, der nicht der Lokalität meiner Ausführungen entsprach, gegen mich loszugehen. Er hat durch sein heutiges Auftreten von neuem bewiesen, daß er sich an den Ton im Parlament nicht gewöhnen kann. (Sehr wahr! links.) Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.) Schluß 7 Uhr.

## Gewerkschaftsbewegung.

Eine Juristengewerkschaft. Kürzlich wurde in Dänemark eine Gewerkschaft jüngerer Juristen gegründet, der in diesen Tagen in Kopenhagen seine erste Delegiertenversammlung abhielt. Zu Vorstandsmitgliedern wurden dabei ein Rechtsanwalt am Obergericht, zwei Rechtsanwaltsassistenten, zwei Magistratsassistenten und je ein Assessor vom Finanzministerium und Obergericht gewählt. Das Programm dieses Vereins, der im ganzen Lande eine sehr große Mitgliedschaft gewonnen hat, geht zunächst darauf aus, für eine radikale Erhöhung der Löhne aller jüngerer Juristen Dänemarks im Privat- und Staatsdienst zu wirken. Ferner soll die Einführung von Mindestgehältern angestrebt werden.

## Aus Nah und Fern.

50 Sektar Wald verbrannt. Ein Waldbrand von großer Ausdehnung zerstörte am Dienstag nachmittags einen ansehnlichen Teil des alt Damerwald von Zweckverband Groß-Berlin erworbenen Waldes nordöstlich von Friedrichshagen. Als das Feuer zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags bemerkte wurde, brannten von dem etwa 1400 Hektar großen Fläche schon gegen 50 Sektar. Zunächst waren mit dem Feuerscheinige Geseher, Gymnasiallehrer der Orte Schöneberg, Friedrichshagen usw. beschäftigt, die später durch 120 Mann Militär aus Köpenick verstärkt wurden. Zusammen mit der freiwilligen Feuerwehr aus Friedrichshagen und Schöneberg gelang es erst in den Abendstunden, den Brand einzudämmen.

Die Braut in den Rhein geworfen. Der Kriminalpolizeist in Düsseldorf stellte sich ein Konditor unter der Selbstbezeichnung, am 6. April seine Braut nach einer Auseinandersetzung von der Rhein Rheinbrücke aus in den Rhein geworfen zu haben. Das Mädchen sei ertrunken.

Kolossale schwere Explosion. In Mainz fand in der Metallwarenfabrik von Busch eine Explosion statt, wodurch ein kleineres Betriebsgebäude zerstört wurde. Außer Materialschaden gab es leider auch mehrere Menschenopfer. Bis jetzt zählte man drei Tote und 50-60 Verletzte, darunter etwa zehn Schwerverletzte, von denen einer seinen Verletzungen erlegen ist. Der Fortgang ist ungewiß.

Buttergeizhüften. In Leipzig kam dieser Tage ein Eisenbahnwagen mit Butter in recht seltsamem Zustande an. Beim Öffnen der Wagentür knoll den Beamten die Butter direkt entgegen. Durch die weite Reife, die der Wagen gemacht hatte und durch die große Hitze waren die Butterfässer unbedeckt geworden, und hatten ihren Inhalt über die ganze Innenfläche ergossen; man fand eine ziemlich hohe Butterhöhe vor. Was aus der Butter geworden ist, konnte nicht festgestellt werden. — Ein seltsamer Buttertransport wurde in Grimmenthal festgestellt. Man hielt drei Bauersfrauen an, die sich verdächtig gemacht hatten, Butter nach Oberhof einzuschmuggeln und unterzog sie durch eine Frau einer näheren Untersuchung. Dabei entdeckte man, daß die drei Höferinnen 16 Pfund Butter — unter den Röcken trugen. Die Ware, die hinterzogen worden war, sollte in Oberhof zu Phantasiepreisen abgesetzt werden.

Schweres Bedauern. In dem Greiz benachbarten Markt-Höden Frauenreuth ereignete sich ein schweres Unglück. Als unter Aufsicht einer 22jährigen Lehrerin Kinder des Frauenreuther Kinderheims im Gemeindegarten badeten, gerieten einige Kinder in eine tiefe Stelle und versanken. Die Lehrerin sprang nach, wurde aber vom Schlage getroffen und erkrankte. Ferner erkrankten zwei Kinder im Alter von 10 und 14 Jahren, während bei zwei weiteren Kindern die Wiederbelebungsvorläufe von Erfolg gewesen sind.

Bayern als preussische Provinz. Von einer Reichsbehörde, und zwar ausgerechnet der Reichsstelle für Fischwirtschaft, ist einer Münchener Firma ein Schreiben zugegangen, dessen Vorwort folgendermaßen ausgefüllt war: Bundesstaat: Preußen, Provinz: Bayern, Verwaltungsbezirk: München. Man kann sich denken, daß diese allerdings kaum zu überbietende Leistung der ohnehin so wachsamem bayerischen Presse ganz besonders auf die Bayern fällt. Hoffentlich kommt es nun nicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Glückliche Schweiz! Schweizer Blätter berichten, daß in Asten im Geschützrohr einer 8-Zentimeter-Kanone ein mit vier Jungen besetztes Kottschloß gefunden wurde. Zur Schonung der kleinen Vögelchen wurde das Geschütz außer Dienst gesetzt. Glückliche, friedliche Schweiz!

Schredensat eines Soldaten. Ein mit Russenwache in Friedrichshagen an Bodenice beschäftigter Soldat, der erst vor einigen Tagen von einer Genesenenkompanie diesem Posten überwiesen worden war, erlag in Buntshofen ohne jeden äußeren Anlaß und nur aus reinem Mitleiden aus dem Kreise von mehreren spielenden Kindern heraus den 10jährigen Sohn des dort beschäftigten Bauers Sutter. Zuerst legte der Täter auf ein anderes gleichaltriges Kind an, und als das noch nicht entsetzte Gewehr sich nicht entladen hatte, richtete er es auf den vorangenannten 10jährigen Knaben mit den Worten: „Ich ersticke dich jetzt.“ Die Spielkameraden nahmen diese Äußerung nicht ernst und blieben beisammen. Doch der Täter drückte ab und traf den Knaben sofort tödlich. Hierauf wandte er sich wieder an das Kind und suchte es aufzurichten, wobei er sich überaus erkaunt zeigte, daß der Schuss von tödlicher Wirkung war. Er entschante sich nun und schob sich unweit des Ortes seiner Schredensat eine Kugel unterhalb des Kinnes in den Kopf. In schwerverlettem Zustande wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Die Königin-Attelle verbrannt. Am Königssee in Berchtesgaden sind in der Nacht zum Donnerstag fünf Schiffshallen mit acht Motorschiffen (Eigentum des Königs von Bayern und an den seit altersher privilegierten Schiffsmesser Moderegger für den Fremdenverkehr verpachtet) infolge elektrischer Kurzschlusses verbrannt. Der Schaden beträgt 800 000 Mark. Das neben den Hallen gelegene Gasthaus „Zum Schiffmeister“ wurde nur mit Mühe gerettet. In der gleichen Nacht ist zufällig auch die eine Stunde von Berchtesgaden entfernte Kiliansmühle abgebrannt.

Der Mörder einer Deutschen in Japan hingerichtet. Vor längerer Zeit wurde, wie berichtet, eine in Japan internierte deutsche Dame, die Gattin des Marineleutnants v. Saldern, von einem japanischen Fanatiker ermordet. Der Gatte der unglücklichen Frau beging Selbstmord, als er die Nachricht erhielt. Jetzt wird gemeldet, daß der Mörder, Tanaka Tokuchi, zum Tode verurteilt und Anfang März d. J. zu Jukuoka in Süd-Japan gehängt worden ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Neigt & Co. Sämtlich in Lübeck.